

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.00 Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Illustration Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“ „Aus der Kulturwelt“ „Frauenstimme“ „Der Kinderfreund“ „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Arbeiterwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierleistung 40 Pfennig, Reklamierleistung 50 Pfennig, kleine Anzeigen 60 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstr. 68, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 18. Februar 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Die Richtlinien sind wieder da!

Veröffentlichung auf Verlangen des Zentrums. - „Bindende Grundlage für die Regierungspolitik“. - Die Deutschnationalen Lügen gestraft.

Der interfraktionelle Ausschuss der Bürgerblockparteien des Reichstags hat gestern beschlossen, die während der Koalitionsverhandlungen aufgestellten Richtlinien für das Programm des Bürgerblocks zu veröffentlichen.

Das Verlangen nach dieser Veröffentlichung ist vom Zentrum gestellt worden. Es braucht diese Veröffentlichung, die eine zweite Beträufung der Richtlinien durch die Deutschnationalen bedeutet, um der Unruhe in den Kreisen seiner Anhänger entgegenzuwirken.

Eine erste Veröffentlichung ist erfolgt in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Der veröffentlichte Text deckt sich wörtlich mit dem Text, den wir am 27. Januar in Nr. 44 veröffentlichten.

An Hand dieser Grundlagen hat Reichskanzler Dr. Marx mit den Beauftragten der deutschnationalen Fraktion verhandelt. Ueber das Ergebnis seiner Verhandlungen berichtet er in einer Besprechung vom 24. Januar den Mitgliedern der Zentrumsfraktion.

Am 26. Januar 1927 wurden sie in einer Besprechung der derzeitigen Regierungsparteien endgültig festgestellt. Es wurden einige Zusätze zu den Richtlinien selbst protokolllarisch festgelegt.

Diese Richtlinien haben ihre Ausprägung in der Erklärung der Reichsregierung gefunden und sind die bindende Grundlage der Po-

litik der derzeitigen Reichsregierung sowohl in außenpolitischer wie in innenpolitischer Beziehung.

Die protokolllarischen Zusätze, die gleichzeitig veröffentlicht werden, haben folgenden Wortlaut:

In Erläuterung vorstehender Richtlinien sind sich die in der Regierung zusammengeschlossenen Fraktionen noch über folgende Punkte einig geworden:

- 1. Die Anerkennung der Rechtsgültigkeit des Vertragswerts von Locarno wird weder völkerrechtlich noch staatsrechtlich in Zweifel gezogen werden.
2. Der Schutz der verfassungsmäßigen Reichsfarben erstreckt sich, wie sich schon aus dem Inhalt des Artikels ergibt, auch auf die Handelsflagge.
3. Der Vergangenheit und ihren Symbolen muß gleichfalls Achtung gezollt werden, und dieser Gedanke soll in der Regierungserklärung seinen Ausdruck finden.
4. Wichtige Anträge einer einzelnen Regierungspartei, insbesondere solcher auf Veränderung der Verfassung, sollen nur nach vorherigem Benehmen der Regierungsparteien gestellt werden.

Die Sachlage ist die: Die Deutschnationalen haben bestritten, daß die am 27. Januar veröffentlichten Richtlinien den authentischen Text darstellen. Sie haben an dieser Abiegung festgehalten, obgleich dieser damals von ihnen abgelehnter Text am 26. Januar von ihnen selbst als Grundlage der Regierungspolitik gebilligt worden ist.

Die deutschnationale Presse hat den authentischen Text der Richtlinien verschwiegen. Sie hat einmütig behauptet, diese Richtlinien seien keine Festlegung der deutschnationalen Politik in der Regierung.

Nun stellt das Zentrum mit schneidender Schärfe fest:

- 1. Der von den Deutschnationalen abgelehnte Text ist authentisch,
2. Dieser Text ist die bindende Grundlage für die Politik der Reichsregierung.

Damit ist das verlogene Doppelspiel der Deutschnationalen vom 26. Januar bis auf den heutigen Tag festgestellt. Sie haben ihre Anhänger über die Bindungen der republikanischen Staatsform, über das Bekenntnis zum Schutz der Verfassung und der schwarzkriegsblonden Farben, über die Fortführung der bisherigen Außenpolitik und die Reichswehrreform.

Zugleich erscheinen die gegen diese Richtlinien verstößenden Äußerungen deutschnationaler Führer und Organe, die sich mehrern in ganz besonderem Lichte Sie lassen erkennen, daß die Deutschnationalen nicht nur ihren Anhängern, sondern auch ihren Bundesgenossen gegenüber doppelzüngig sind.

Richtlinien sind keine Lügen. Aber die Veröffentlichung des authentischen Textes, die staatsrechtliche Bedeutung, die die Erklärung des Zentrums ihm ausdrücklich zuschreibt wird Gelegenheit geben, Vergleiche anzustellen zwischen diesen Richtlinien und den Lügen der Deutschnationalen, zwischen diesen Richtlinien und den Lügen der Reichsregierung.

Wir finden heute schon, daß die Haltung des Reichskanzlers gegenüber Herrn v. Reudell sich mit dem Geiste dieser Richtlinien nicht vereinbaren läßt!

Kampf dem Volksfeind!

Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Der Reichstag hat am 26. Januar in dritter Lesung das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten verabschiedet. Ein vielumstrittenes, aber notwendiges Gesetz! Es schafft die rechtliche Grundlage für aktives Eingreifen des Staates in den Kampf gegen die verheerendsten Volksseuchen, die wir kennen.

Gleich groß ist aber die Verantwortung derer, denen das Gesetz helfen will: die Verantwortung der Kranken. Das Gesetz rechnet mit ihrer Einsicht, mit ihrem guten Willen.

Rüge dies Gesetz dazu führen, daß das Volk ausgerüttelt wird aus der fatalistischen Resignation, mit der es bisher den Geschlechtskrankheiten gegenübergestanden hat. Diese Krankheiten sind der furchtbare Feind, der das Volk, seine Nachkommenschaft, seine Zukunft bedroht.

Soziale Not, Wohnungselend in den Großstädten, Unkenntnis, soziales und moralisches Vorurteil und Aberglaube, das sind die soziale Grundlage der katastrophalen Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten.

Aus den Bedingungen der Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten ergaben sich die Zielpunkte ihrer Bekämpfung. Bekämpfung der sozialen Not - das ist die Aufgabe der allgemeinen Sozialpolitik.

Das Ziel des Gesetzes ist: möglichst alle Geschlechtskranke möglichst gründlich zu heilen. Um dieses Ziel erreichen zu können, müssen möglichst alle Geschlechtskranke zum Arzt gebracht werden.

Die bedeutungsvollsten Bestimmungen des Gesetzes sind enthalten in den Paragraphen 15 und 15a. Der § 361 Ziffer 6 des Reichsstrafgesetzbuches, der die rechtliche Grundlage für die „Sittenkontrolle“, die Reglementierung der Prostitution war, ist so abgeändert worden, daß dem System der Reglemen-

Der Kampf um Wien.

Drohender Zusammenstoß vermieden.

Wien, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Christlich-sozialen wollen zu ihrem härteren Kampf gegen die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung und ihre Finanz- und Steuerpolitik nun auch die Volkshalle des Rathauses als Versammlungsort benutzen.

Eigenschaft als Landeshauptmann von Wien den Polizeipräsidenten, jeden Versuch, die Versammlung doch abzuhalten, verhindern zu lassen.

Die litauischen Kommunisten begnadigt!

Dank der Fürsprache Paul Löbes.

Die sieben von litauischen Feldgerichten zum Tode verurteilten und mit der Hinrichtung bedrohten litauischen Kommunisten, wegen deren sich unser Genosse Reichstagspräsident Löbe an den Präsidenten der Litauischen Republik gewandt hat, sind, wie jetzt aus Romno mitgeteilt wird, vom Präsidenten Smetana, sämtlich zu Freiheitsstrafen begnadigt und die Freiheitsstrafen anderer Verurteilter in ihrer Dauer herabgesetzt worden.



tionierung die gesetzliche Grundlage entzogen worden ist. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Oktober 1927 ist die Reglementierung abgefallen, der Sittenpolizei die rechtliche Grundlage für ihre Existenz und Tätigkeit entzogen.

Damit fällt ein System der Unterdrückung und Erniedrigung der Prostitution, das allen Begriffen sozialer Sittlichkeit Hohn sprach, eine Einrichtung, geboren aus dem Geiste sozialer Heuchelei, nur zu oft eine Quelle der Demoralisierung und Korruption der Beamten, die mit ihm zu tun hatten — und vor allem eine gesundheitliche Gefahr. Es gibt keine „Kontrolle“ mehr vom 1. Oktober ab! Sie hängt nicht mehr drohend über den gejagten Frauen, die das bisherige System rechtlicher Willkür und bauernder Defassierung auslieferte. Die Furcht vor der „Sittlichkeit“ braucht sie nicht mehr abzuhalten, zum Arzt zu gehen. Das ist der hygienische Sinn der Aufhebung der Reglementierung. Sie ist dem Gesichtspunkt untergeordnet, soviel Kranke wie möglich zum Arzt zu bringen.

Denselben Zweck verfolgt die Abänderung des Ruppelparagrafen des Strafgesetzbuchs, die die Straffreiheit der sogenannten einfachen Wohnungs-Kuppelerei einführt.

Damit ist das Gewahren von Wohnung an Prostituierte straflos, wenn damit keine Ausbeutung verbunden ist. Hierher gehört ferner das Verbot von Bordellen und Kasernierungen, diesen gefährlichen Massenanstalten, die bisher — entgegen dem Gesetz nur durch polizeiliche Willkür geduldet — die Insassen nicht nur der Willkür der Polizei, sondern obendrein noch der Ausbeutung durch die Inhaber auslieferten.

Neben diesen Paragraphen steht als wichtigste Bestimmung der § 7, der die Behandlung von Geschlechtskrankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane nur approbierten Ärzten gestattet. Es liegt im Wesen der Geschlechtskrankheiten, daß sie, wenn frühzeitig erkannt, ausgeheilt werden können. Aber die sachgemäße Behandlung, noch mehr die sichere rechtzeitige Erkennung erfordert eingehendes Sachverständnis. Folgende Gesichtspunkte haben zum Verbot der Heilbehandlung geführt: 1. die Notwendigkeit, eine zuverlässige Diagnose zu sichern; 2. die Schwierigkeit, zu beurteilen, wann eine Geschlechtskrankheit als geheilt gelten kann; 3. die Möglichkeit, durch frühzeitige ärztliche Hilfe soviel wie nur möglich zu retten. Zu diesen Bestimmungen, die eine sachgemäße Behandlung sichern sollen, treten Bestimmungen über ein bestimmt begrenztes Weiderecht des Arztes. Diese Bestimmungen halten sich im großen und ganzen im Rahmen des Gewohnheitsrechts, das sich im Verkehr zwischen Ärzten, Beratungsstellen und Krankentassen seit dem Inkrafttreten der Beratungsstellen herausgebildet hat.

Die bisher fixierten Bestimmungen rechnen auf die Einsicht und auf die Mithilfe der Kranken. Für die Fälle nun, in denen aus trasser Unkenntnis oder aus Boswilligkeit der Behandlungspflicht nicht nachgekommen wird und gleichzeitig eine offensibare und dringende Gefährdung der Gesundheit anderer vorliegt, sind Bestimmungen geschaffen worden, die es der Behörde ermöglichen sollen, solche Kranke dennoch der Untersuchung und der Behandlung zuzuführen. Diesem Zweck dienen die Bestimmungen des § 4.

In diesen Bestimmungen liegt ein Eingriff in das individuelle Selbstbestimmungsrecht des Kranken, der sich jedoch unter dem Gesichtspunkt des Schutzes des Gemeinwohls ebenso rechtfertigt, wie etwa die Isolierung eines Pest- und Leprafranken. Die Bestimmungen dieses Paragraphen sichern jedoch den Kranken davor, daß er zwangsweise mit Methoden behandelt wird, die eine ernste Gefahr für Leben und Gesundheit bedeuten. Einer Entscheidung in dem Methodenstreit um das Sauerwasser ist das Gesetz vernünftigerweise aus dem Wege gegangen.

Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes sind im wesentlichen bereits geltendes Recht.

Die Ausführung des Gesetzes liegt in der Hand der Landesbehörden. Sie haben die Aufgabe der Umorganisation der Behörden, die das Gesetz vorschreibt (Ab-schaffung der Sittenpolizei). Von ihnen hängt es ab, ob zu-reichende Mittel für die Behandlung von Minderbemittelten zur Verfügung gestellt werden, ob das Gesetz im verständnis-vollen Zusammenwirken von Gesundheitsbehörden, Wohl-fahrts- und Fürsorgebehörden durchgeführt wird. Das Gesetz kann ungemein segensreich wirken, es kann aber in der Hand reaktionärer, verständnisloser Behörden mißbraucht werden und seinen Zweck verfehlen. Es wird die Aufgabe unserer Genossen in den Landesparlamenten sein, darüber zu wachen, daß dies Gesetz durchgeführt wird in sozialem Geiste, getragen von dem hohen sozialen Verantwortungs-gefühl, das gegenüber der unheilvollen Verquickung von Geschlechtskrankheiten und sozialer Not, gegenüber der Be-drohung der künftigen Geschlechter gefordert werden muß!

### Der gemäßigtere Marx-Wähler.

Und die Erklärung des Abg. v. d. Osten.

In der gestrigen Landtagssitzung hat der deutschnationale Abgeordnete v. d. Osten-Barnitz vor der Tages-ordnung eine Erklärung gegen den „Vorwärts“ abgegeben. Er bezeichnet darin die von uns in dem Offenen Brief an Marx veröffentlichten Mitteilungen des Landarbeiters Graße als un-wahr und entrüstete sich dar-über, daß das „Organ der größten Regierungspartei Preußens“ solche Darstellungen wiedergibt.

Diese Entrüstung und diese Abwehr ist gemacht. Osten behauptet jetzt, jenen Landarbeiter nicht wegen seiner Abstimmung für Marx entlassen zu haben. Vielmehr sei der Mann aus anderen Grün-den ordentlich gekündigt worden, angeblich weil er seine Kinder verwaarlosten lasse, weil eine Tochter von der Mutter „zu Diebstahl angehalten“ worden sei und dergleichen schöne Dinge mehr.

Gegenüber diesen Ausreden lassen wir zwei Daten sprechen:

Am 26. April 1925 stimmte Graße für Marx als Reichspräsidenten.

Am 4. Mai 1925, also wenige Tage darauf, erfolgte die Kündigung Graßes um — 1. Oktober!

Graße ist bereit, vor Gericht zu bestätigen, daß die Kündigung mit der in seinem Offenen Brief angegebenen Begrün-dung erfolgte: Er solle sich von Marx eine Kuh geben lassen!

Die Kündigung hat auf Klage Graßes dem Ar-beitsgericht vorgelegen und dieses hat sie am 22. Mai 1925 für rechtsunwirksam, d. h. für ungültig er-klärt. Das für den Abg. v. d. Osten kennzeichnende Urteil hat diesen Wortlaut:

Vertändet am 22. Mai 1925, in Sachen des Arbeiters Graße, Gut Barnitz, gegen die Gutsverwaltung.

Urteil: Die gegen den Arbeiter Graße seitens der Gutsver-waltung in Barnitz am 4. Mai d. J. ausgesprochene Kündigung seines Dienstverhältnisses zum 1. Oktober ist rechts-unwirksam.

Begründung: Graße ist, wie un-widersprochen geblieben, am 1. April vor vierzehn Jahren in sein jetziges Arbeitsverhältnis eingetreten. Laut Tarifvertrag beträgt die Dauer der Ver-tragszeit in der Regel ein Jahr. In diesem Falle hat die Kündigung des Arbeitsvertrages ein Vierteljahr vor Ablauf des Ver-trages zu erfolgen. Diese Vorschrift ist nicht beachtet. Die vom Arbeitgeber für die Kündigung angegebenen Gründe vermögen so-daher in rechtlicher Beziehung nicht zu stützen. gez. B. u. g.

Der normale Kündigungsstermin wäre also am 1. Januar 1926 mit Wirkung zum 1. April 1926 gewesen. Osten aber kündigte unmittelbar nach der Reichspräsidentenwahl den Arbeiter, der vor vier Jahren auf seinem Gute gearbeitet hatte. Wem will der Junker heute einreden, daß diese Kündigung aus anderen Gründen erfolgte? Daß der junkerliche Gutsbesitzer die Tribüne des Landtags benutzen darf,

um eine Landarbeiterfamilie als diebisch zu bezeichnen, ist freilich ein besonderes Zeugnis von der Bewegungsfreiheit, die die Reußel-Partei im Preussischen Landtag für sich in Anspruch nimmt.

Wir behalten uns übrigens vor, gelegentlich in das Ge-sträuch der Behauptungen des Abg. v. Osten noch näher hin-zuzuleuchten.

### Der Arbeiter als Diener.

Seitlose Verwirrung über Wilhelm Kochs Parolen.

Also: Es ist ganz klar, daß über die betamte „Arbeiten und Dienen“ Rede des neugeborenen Reichsministers Wilhelm Koch, Doktor ehrenhalber, die größte Unklarheit herrscht. Wir wollen versuchen, die Dinge einigermaßen zu entwirren.

1. Der „Reichsbote“, ein orthodox-protestantisch-deutschnational-konfessionales Pastorenblatt, bringt den ersten und sehr umfang-reichen Bericht, in dem die Worte „Arbeiten und dienen“ als Auf-gabe des Arbeiters in Fettdruck hervorgehoben sind.

2. Der „Vorwärts“ knüpft an diesen Bericht einige kritische Bemerkungen, die den Bürgerblättern zeigen, was Koch da ange-richtet hat.

3. Die deutschnationale Parteikorrespondenz weiß nichts vom „Reichsboten“, sondern beschuldigt den „Vorwärts“ der „nieder-trächtigen Fälschung“.

4. Wolffs Bureau muß „von zuständiger Stelle“ erfahren, daß „der Minister diese oder ähnliche Ausführungen nicht ge-macht“ habe.

5. Zum Schluß beweist die „Deutsche Tageszeitung“, das deutschnationale Agrarierblatt, daß Koch voll-kommen recht gehabt hätte, als er vom „Arbeiten und dienen“ sprach! So lautet die Beweisführung:

„Nicht arbeiten, nicht dienen soll der deutsche Arbeiter, rufen die Sozialistenführer. Man saßt sich an den Kopf? Mit solchen Leuten soll Postill in schwerster Zeit getrieben werden? Wo jeder nichts als Arbeit und Dienst am deutschen Volke kennen darf, da predigen die Sozialistenführer, „arbeiten und dienen“ bedeute „Anerkennung“.“

Also: Koch will nichts gesagt haben. Aber wenn er das gesagt hätte, was behauptet wurde, dann wäre das nach dem Glaub-würdigen Zeugnis der „Deutschen Tageszeitung“ höchste Staats-weisheit gewesen. Aber da der „Vorwärts“ diese höchste Staats-weisheit bei dem Selbstenführer Koch stillschweigend vorausgesetzt hatte, hat er, wieder nach deutschnationalem Zeugnis, eine „nieder-trächtige Fälschung“ begangen!

Wir hoffen, daß nun die Sache ganz klar geworden ist!

### Ausgerechnet . . . die Futterkrippe!

Die überhebliche Kreuzspinne.

Sage und schreibe die „Neue Preussische Zeitung“, regierungsparteilich deutschnational, mit dem Kopfsatz: „Vorwärts mit Gott für (zeitweise gestrichen) König und Vaterland“, bringt die Meldung, daß der Landtagsabgeordnete Genosse Wende, der bisher beim Polizeipräsidenten Berlin tätig war, kommissarisch zum Polizeipräsidenten von Elbing ernannt ist, unter der Ueberschrift: „Die Futterkrippe“.

Wir bekennen gerne, daß der Begriff der sogenannten „Futter-krippe“ eine Erfindung der „Kreuz-Zeitung“ und ihrer Gesinnungs-freunde ist. Denn was die Futterkrippe wirklich ist, das haben wir erst bei der Regierungsbildung des Bürgerblocks erfahren. Da nämlich wurde prozentualisiert — wären wir Walle, würden wir sagen: „In jüdischer Weise“ — ausgerechnet, wieviel Sitze an der reichsministeriellen Futterkrippe man zu bean-spruchen hat.

Eben deshalb aber hat natürlich die biedere „Kreuz-Zeitung“ das Recht, von der „Futterkrippe“ zu sprechen, wenn ein be-fähigter und geeigneter Mensch mit irgendeinem höheren Posten betraut wird. Voraussetzung für die Anwendung des schönen schwarz-weißen Wortes „Futterkrippe“ ist selbstverständlich, daß der Be-förderter Sozialdemokrat und nicht etwa brav deutsch-national ist.

## Die letzte Nacht.

Von Andrej Sobol.

Diese Novelle wurde in der hinterlassenen Mappe des russischen Dichters gefunden, welcher seinem Leben durch Selbstmord ein Ende bereitzte.

In einer der Gefängniszellen sahen vier Häftlinge, zum Tode verurteilt.

Aus dem Fenster der Zelle Nr. 12 ließ eine Hand eine dünne Schwärze mit einem an ihr befestigten Zettel hinuntergleiten, welcher das vergitterte Fenster in die Zelle Nr. 13 hineinfiel.

Einer der Gefangenen ergriff den Zettel und überflog blüßschnell seinen Inhalt. Der Zettel wanderte von Hand zu Hand. Die Gefangenen erblickten. Es wurde ganz still.

Der Inhalt des Zettels lautete:

Ihr werdet heute aus dem Gefängnis hinausgeführt. . . Im Interesse der Partei sind alle unnützen Opfer zu vermeiden. . . Ihr müßt das Urteil schweigend hinnehmen. Ohne Rärm. Ohne Widerstand. Wir sind machtlos. Ihr müßt euch beherrschen. Demonstriert nicht. In der Stadt ist Pogrom. Die Kosaken ziehen vorbei.“

Von Fenster zu Fenster, von Zelle zu Zelle wanderte der tragische Zettel und allen Gefangenen erstarb das Blut. . .

Zwei Häftlinge schliefen, der dritte knetete Figuren aus Brot, der vierte schaute durchs Schlüsselloch auf den Korridor, wo ein Soldat, das Gewehr über dem Arm, auf- und abpatzierte.

Der Zar läßt die Gefangenen scharf bewachen.

„Unsere letzte Nacht . . .“, flüsterte leise einer der Gefangenen, um die Schlafenden nicht zu wecken. „Ich will noch leben . . . Ich habe Hunger . . . Glaubst du, daß wir vor dem Tode noch ein Frühstück bekommen?“

Er legte sich auf die Brüste und zog den Sträflingsmantel über den Kopf zusammen.

„Ich fürchte mich vor dem Tode“, flüsterte der andere, „und du?“

Der Kamerad umarmte ihn innig und küßte ihn auf die Stirn.

„Niija“, sagte er, „unser Leben geht seinem Ende zu . . . Wir werden nie mehr die Stadt sehen . . . nie mehr . . .“

Zu gleicher Zeit probierte in einem anderen Stadteil ein breit-schultriger, starker Mann eine Gendarmuniform an und brumnte unwillig:

„Zum Teufel auch! Ich sagte gleich, die Uniform ist mir zu eng.“

„Was jetzt?“

Reben ihm stand eine schlante Frau.

„Sei nicht böse. . . Ich werde es sofort richten. So . . .“

Ist es jetzt gut?“

„Meine Arme sind wie zusammengebunden. Im Notfall werde ich nicht einmal die Pistole aus der Tasche ziehen können.“

Die Frau schaute ihn drohend an:

„Du darfst nicht schreien! Hörst du, sonst breche ich jede Beziehung mit dir ab.“

Der Gendarm lächelte:

„Du ließt zuviel Romane, Niija. Man muß das Leben nüchtern betrachten. . .“

Die Frau schweig. Nach einer Weile flüsterte sie leise:

„Niija . . . ob es wohl gelingen wird? Wenn wir doch haben . . . laufe ich dir auf und davon.“

Der breitschultrige Mann knöpfte seine Uniform zu.

„Fürchte nichts . . . ich bin ein guter Regisseur.“

Ein junger Gendarm trat ein und meldete stramm:

„Herr Rittmeister! Das Telefon!“

„Wer ist am Apparat?“

„Der Gefängnisdirektor!“

„Ich komme sofort.“

Am anderen Ende der Stadt hielt das Hörrohr der Gefängnis-direktor und sprach mit zitternder Stimme:

„Jawohl, Herr Rittmeister. Zu Befehl, Herr Rittmeister: Zwei plombierte Wagen . . . ohne Rärm, verstehe schon . . . ganz still . . .“

Der Kommandant der Eskorte ist Rittmeister Kurenkow . . . Ich habe nicht die Ehre ihn zu kennen — ach ja, er ist heute aus Peters-burg angekommen. Zu Befehl, Herr Rittmeister. Ich verstehe, im Waide hinter dem Bahnhof . . . alle vier Gefangenen. Ich verstehe, Herr Rittmeister.“

Eine Stunde später fuhren zwei geschlossene Wagen in der Richtung des Gefängnisses. Die Wagen waren von Gendarmen umringt.

Vor dem Tore des Gefängnisses hielten sie.

Aus dem einen Wagen stieg ein breitschultriger Gendarm und zog an der Torglocke.

Der Gefängnisdirektor erschien.

„Ist Ihnen der Befehl seiner Exzellenz bekannt?“ fragte Rit-tmeister Kurenkow. „Sind die Gefangenen bereit? Bitte sie heraus-führen!“

Die Verurteilten kamen einzeln aus der Zelle. Rittmeister Kurenkow rauchte nerods eine Zigarette nach der anderen.

Einer der Gefangenen entriß sich plötzlich den Gendarmen, aber der Rittmeister packte ihn und übergab ihn den Gefängniswächtern.

„Kascher!“

Der Rittmeister salutierte und verließ das Gefängnis.

Die Wagen setzten sich in Bewegung. Nach einer halben Stunde wichen sie vom Wege ab und fuhren statt zum Bahnhof, gegen den Fluß.

Jenseits des Ufers war rumänisches Land.

Nüchlich erhob sich der Rittmeister und sagte nerods:

„Genossen! . . . Bitte nur Ruhe zu bewahren. . . Hier sind Pistolen und etwas Bargeld. Viel Glück!“

Und eine halbe Stunde später telephonierte der Pseudorittmeister nach Hause:

„Niija! Du kannst dich schon niederlegen. Und lies keine aufregenden Romane mehr. . . Alles ist in Ordnung. . . Gute Nacht.“

(Deutsch von Grete Kaufeld.)

Fortsetzung in der drahtlosen Bildübertragung. Kapitän Fulton, der Mitarbeiter Baters, macht in einem Wiener Mittagsblatt Mit-teilungen über die Weiterentwicklung der Baterschen Bildtelephonie.

Nach diesen wird in kürzester Zeit die telephonische Bildübertragung auch auf dem Draht verwirklicht werden. Jeder Telephon-teilnehmer wird dann durch den Anschluß eines einfachen Apparates an sein Telephon ohne be-sondere Nebenzentrale Bilder im Format

10:14 Zentimeter telephonisch senden und emp-fangen können. Die Uebersetzung dauert drei Minuten. Ver-suche dieser Art werden demnächst zuerst innerhalb des Wiener Sprenggebietes, dann aber auf weiteren Strecken durchgeführt werden. Die ersten Versuche auf der Linie Wien—London werden im Mai nach Eröffnung der neuen Fernleitung nach London stattfinden. Auch ist beabsichtigt, in Wien eine Zentrale für den mittel- und osteuropäischen Bildrundfunkverkehr zu errichten.

Die nächste Ausstellung der Akademie der Künste. Die Preussische Akademie der Künste veranstaltet in diesem Jahre ihre Früh-jahrausstellung, etwas früher als sonst, besonders wegen der großen Liebermann-Ausstellung, mit der sie im Sommer den 80. Geburtstag ihres Präsidenten feiern will. Roserei und Bild-hauerkunst werden vertreten sein. Ueber die freien Einwendungen aus der Kunstlerchaft entscheidet eine Jury der Akademie, bestehend aus der Ausstellungskommission: Liebermann als Präsident, Amers-dorffer, Dettmann, Eichhorst, Otto S. Engel, Brand, Hofer, Hübler, Kampf, Rimsch, Peckstein, Kraus, Steegst, Starck. Die Ausstellung wird Mitte April eröffnet und etwa sechs Wochen dauern.

Sauerbruchs Ueberlebend nach Berlin noch nicht entschieden. Zu der Nachricht, Dr. Sauerbruch habe die Berufung an die Ber-liner Universität angenommen, wird der Telegraphenunion von der Chirurgischen Klinik München mitgeteilt, daß dort eine Depesche Dr. Sauerbruchs eingegangen ist, wonach in dieser Angelegenheit noch keine endgültige Entscheidung gefallen ist.

Im frohengelegten Amerika blüht nicht nur der Alkohol-schnuggel, sondern man versucht auch auf alle mögliche Art und Weise Alkohol herzustellen. So brachte eine große Brauerei jüngst ein dreiprozentiges Bier heraus. Um diesem den nötigen Absatz zu verschaffen, sann man auf eine wirkungsvolle Reklame. Dabei wurde man auf einen Reklamemachmann aufmerksam, der für eine Plakaterie die Anpreisung erfunden hatte: „Die Milch der zufriedenen Kühe“. Man sandte ihm einen Kasten Bier, einen Blankofisch und die Aufforderung, für das Bier eine ähnliche Anpreisung zu finden. Schnell kam der Kasten Bier zurück, nur einer Flasche waren ein paar Schluß entnommen, der Blankofisch enthielt eine ungeheure Zahl, und als in Vorschlag gedruckte Reklame fand man die Worte: „Das Wasser der un-zufriedenen Kühe“.

Eine Abendmuß der Volkshochschule Charlottenburg veranstaltet am 22. abends 8 Uhr, das Bezirksamt Charlottenburg im Festsaal des Charlotten-burger Rathauses. Eintritt einhalb Reichsmark und Zettel für Mitglieder der Rumpfgemeinde Charlottenburg 40 Pf., für Nichtmitglieder 50 Pf.

Im Rahmen der „Kammermusikabende der Firma Koch u. Poßel“, Sauerbrunnstr. 29, liest am 22. abends 8 Uhr, Friedrich Kelling: aus eigenen unveröffentlichten Manuskripten.

Friedrich Mook liest im Saal der Reichlichen Hochschule für dramatische Kunst, Palaststr. 28, am 22. abends 8 Uhr, unter dem Titel „Gum o: und Sattire“ weitere Geschichten von Murnheim, Reyrin, Koben-bach, Stettin u. a.

Gesangsgemeinschaft Robert v. Argus. Erste Kinder in der Aula des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums vor den Vertretern der Städtischen Kunst-deputation Gesangs-vorführungen und Vorträge der Weibliche Robert v. Argus Kant. Der Beginn ist für Jugendliche auf 7 Uhr und für Erwachsene auf 8 Uhr festgesetzt.



# Reichswehr und Republik.

General Hege stellt sich dem Haushaltsausschuß vor.

In der in Anwesenheit des Reichstagspräsidenten Genossen Löbe fortgeführten Beratung des Wehretats nahm in der Donnerstagtagung des Ausschusses für den Reichshaushalt zunächst der Chef der Heeresleitung,

## General Hege.

das Wort, um in sehr ausführlichen Darlegungen ein Bild der Reichswehr zu zeichnen, wie es sich ihm darstelle.

Bei ihrer Kritik sollten die Kritiker nicht vergessen, daß wir uns noch in der schwersten Uebergangszeit befinden. Die Kampfort ändere sich fast täglich, und heute ginge die Ausbildung dahin, daß selbst der einzelne sich selber überlassen sei. Was in den Jahren 1919 und 1920 geschaffen wurde, sei trotz aller Mängel und Unbequemlichkeiten im einzelnen gut, und dem Reichswehrminister Dr. Hege und dem Generalobersten A. Seeckt gebühre aufrichtiger Dank für ihre Leistungen. Selbstsucht, Gehorjam und Kameradschaftlichkeit zeichnen heute die Reichswehr aus. Die Reichswehr sei eine gute Truppe. Das werde, wie er versichern könne, auch von sachverständigen Ausländern anerkannt. Er habe den dringenden Wunsch, daß die Mitglieder des Ausschusses kommen und sehen möchten, wie gearbeitet wird und was erreicht ist. Auf dem großen englischen Truppenübungsplatz Aldershot fänden öfters für die Mitglieder der Parlamente Uebungen statt, bei denen in vollster Offenheit alles, was gewünscht wird, gezeigt werde. Er würde sich freuen, wenn auf dem bequem gelegenen Döberitzer Uebungsplatz ähnliche Besichtigungen stattfinden und die Mitglieder des Reichstags auch die Truppen in ihrem Kasernenleben kennen lernen könnten.

Als wichtigster und schwerster Vorwurf erscheine ihm, daß die Reichswehr nicht republikanisch sei. Er wisse, daß es Offiziere gibt, die die Monarchie für die bessere Staatsform hielten. Aber gerade die Offiziere, die offen ihre Uebersetzung zum Ausbruch bringen, dienen treu und bewußt der deutschen Republik, und darauf allein komme es an.

Sie tun ihren Dienst mit ganzer Seele und nicht etwa wegen der Beförderung. Selbstverständlich stelle er keine Gewissensfragen, dazu fühle er sich nicht verpflichtet und berechtigt. Man dürfe doch auch nicht vergessen, daß es nur auf den Führer ankommt. Der Führer habe zu befehlen, die anderen haben zu gehorchen und gehorchen auch. Dafür könne er sich verbürgen. Wenn des weiteren immer von den Verbindungen zwischen Reichswehr und Wehrverbänden geredet werde, so verbinde man damit im großen Publikum ein Phänomen. Man müsse sich doch darüber klar sein, daß die Wehrverbände binnen wenigen Jahren keinen Mann mehr haben werden, der den Krieg mitgemacht hat und noch fähig wäre, einen neuen mitzumachen. Der leitende Gedanke in den Wehrverbänden, nämlich die Förderung des nationalen Gedankens, sei gut.

Aber die ganze Soldatenpielererei in den Wehrverbänden schaffe auch nicht einen brauchbaren Soldaten. Heutzutage könne man fast erst nach einem Jahre strengster Ausbildung von einem leiblich ausgebildeten Soldaten reden, aber nicht etwa von einem Führer, der den Krieg versteht und wirklich führen kann.

Nachdem der General v. Haack eine Reihe technischer Fragen der Referenten beantwortet hatte, trat der Ausschuß in die allgemeine Aussprache ein, die vom

## Genossen Schöpslin

eröffnet wurde. Einleitend wies Genosse Schöpslin auf die gestrige Einführungsrede des neuen Finanzministers hin und erklärte, daß nach dieser Rede gerade die Regierungsparteien starke Abstriche an dem Wehretat machen müßten. Was den Geist in der Reichswehr betreffe, so werde niemand von jedem Offizier verlangen, daß er ein begeisterter Republikaner ist. Unbedingt aber müsse verlangt werden, daß jeder Offizier sich dem neuen Staat gegenüber wenigstens mit der äußerlichen Korrektheit benehme, auf die gerade die Herren den größten Wert legen. In dieser korrekten Haltung fehle es aber im Offizierkorps der Reichswehr. Was sollen die Soldaten denken, wenn sie hören, daß z. B. die höchsten Offiziere des sächsischen Wehrkreises an einer Feier der sächsischen Militärvereine teilgenommen haben, in der ein Prinz die Grüße des sächsischen Erbprinzen überbrachte und in der Huldigungstelegramme an alle möglichen früheren Potentaten ersandt wurden. Derartige ist bei diesen Offizieren mit ihrem Dienst und ihren Verpflichtungen nicht zu vereinbaren. Wir lernen die Duzende von monarchistischen Reden bei Denkmalsweihen unter Beteiligung hoher Reichswehroffiziere. In der Infanterieschule Dresden könne man alle nur möglichen Embleme der früheren Staatsformen, aber auch nicht ein einziges der heutigen Republik zählen.

Es handle sich bei der offenkundig feindseligen Haltung der Reichswehroffiziere gegen den heutigen Staat nicht um Einzelfälle. Wenn der Chef der Heeresleitung und der Minister gewollt und von der ihnen zustehenden Befehlsgewalt ernstlichen Gebrauch gemacht hätten, dann würden die Offiziere gehorcht haben und gehorchen.

Es sprachen dann noch die Abgeordneten v. Schulenburg (Dnat.) und Creutzberg (Komm.). Aus der Rede des letzteren war zu bemerkenwertesten, was er nicht sagte. Trotz aller Zwischenrufe hüte er sich auf das Ängstlichste, auf Sowjetrußland und die Sowjetgranaten einzugehen.

## Wechsel im preußischen Kabinett.

Justizminister Dr. am Jahnhoff tritt im März zurück.

Der Zentrumsabgeordnete, Kammergerichtsrat Schmidt-Lichtenberg ist zum Senatspräsidenten am Kammergericht ernannt worden. Aus dieser Ernennung geht hervor, daß der Wechsel im preußischen Justizministerium noch nicht so unmittelbar bevorsteht, wie in der Presse angenommen wurde. Andererseits steht es tatsächlich vollkommen fest, daß im März der Justizminister Dr. am Jahnhoff zurücktreten und an seine Stelle Präsident Schmidt-Lichtenberg berufen werden wird.

## Stoedcker und Weismann!

Verbindung zwischen Polizei und Kommunistenführern.

Mit viel Liebe und wenig Logik erzählt die „Rote Fahne“ von einem parlamentarischen Bierabend, der dieser Tage beim Reichspräsidenten stattfand und unter der Firma „S. P. D. - Führer bei Hindenburg“ führt sie eine Reihe Namen von Genossen an, die weder an diesem Tage noch je vorher an einem solchen Abend teilgenommen haben, wie z. B. Dittmann, Crispian, Stampfer ufm.

Wertwürdigerweise weiß die „Rote Fahne“ aber nie von den zärtlichen Zusammenkünften zu berichten, die im Hause der russischen Botschaft an jedem 7. November stattzufinden pflegen, und in der sich eine viel buntere Gesellschaft bei Wein, Bier und Likören mit obligatem Essen zusammensindet. Wir sehen

# Der Fall Kähne.

Ein öffentlicher Skandal und ein Justizskandal obendrein.

Gestern haben in Potsdam zwei Prozesse gegen Herrn v. Kähne jun. stattgefunden, den Sohn des Besitzers von Schloß Poehow am Schwilowsee. Der v. Kähne ist zweimal der Körperverletzung angeklagt worden, begangen an ein und demselben Tage an harmlosen Ausflüglern.

Es ist dies nicht das erste Mal. Der junge v. Kähne ist bereits fünfmal vorbestraft, zweimal wegen fahrlässiger Körperverletzung, einmal wegen Bedrohung, einmal wegen Beleidigung und Sachbeschädigung und schließlich wegen Körperverletzung, Beleidigung und Nötigung, für welchen letzten Fall er 7 Wochen Gefängnis erhalten hatte.

Der alte v. Kähne hat ebenfalls schon vor Gericht gestanden. Wer sich in die Nähe von Poehow begibt, muß gewärtig sein, daß er mit einem der Kähnes zusammentrifft und von ihnen altotterlich wird. Die Gegend wird von ihnen unsicher gemacht.

Der erste Prozeß hatte zum Gegenstand einen Ueberfall, den der junge Kähne am 23. Januar gemeinsam mit einem Unteroffizier Schröder auf den jungen Klemperer Jante verübte. Am Ende der Beweisaufnahme — über die wir im Abendblatt berichteten — beantragte der Staatsanwalt 200 M. Geldstrafe gegen Kähne, er hielt eine Verteidigungsrede für den Kaufbold und trat für mildernde Umstände ein.

Rechtsanwalt Bendix, als Vertreter des Nebenklägers Jante, sprach dann sein Ersuchen darüber aus, daß der Angeklagte Vertreter als Verteidiger von Kähne aufgetreten sei, einer Familie, die eigentümliche Vorstellungen vom Eigentumsrecht habe, die wie Wegelagerer eigene Justiz auf ihren Gebieten ausübten. Der Staatsanwalt, der für den Angeklagten eingestellt sei, habe den klaren Sachverhalt umgedeutet. Seit 11 Jahren sei der Angeklagte wegen ähnlicher Delikte vorbestraft. Deswegen lämen mildernde Umstände nicht in Frage, sondern die Berliner Bevölkerung müsse vor einer solchen wilden Raubritterausföhrung dadurch geschützt werden, daß eine exemplarische Strafe Platz greife, er beantragte daher, v. Kähne jun. mit neun Monaten Gefängnis zu bestrafen.

Das Urteil wurde ausgesprochen. Im Anschluß an den ersten Prozeß wurde eine zweite Verhandlung gegen v. Kähne jun. durchgeführt, die einen weiteren rohen Ekzess zum Gegenstand hatte.

Fast unmittelbar nach dem Vorfall mit dem jungen Jante geriet Kähne schon wieder in Händel mit drei friedlichen Berliner Ausflüglern Artus, Brodzel und Schünemann, die sich auf dem Heimwege nach Berlin befanden. Auf einem schmalen Fußweg kam ihnen der Unteroffizier Schröder, ein Schwager des Kähne, und der Arbeiter Müller entgegen. Das Gewehr des Reichsmehrjohndaten streifte den Schünemann beim Vorübergehen. Als dieser im Scherz gesagt hatte: „Beinahe ein Herzschuß“, drehte sich der Reichswehrsoldat plötzlich um, ging auf den Schünemann zu und sagte ihm: „Was ist das los. Was wollen Sie?“ Im nächsten Augenblick war schon ein Wortwechsel im Gange. Artus versuchte zu beschwichtigen. Schünemann und Müller hatten gerade eine Bogstellung eingenommen, als der Reichswehrsoldat dem Brodzel einen Schlag hinter den Ohr verlegte.

Da er sah, daß er sich nicht aus dem Unschick des Reichsmehrjohndaten, daß er zum 3. Infanterieregiment gehöre und sagte ihm, daß er seinen Truppenführer gut kenne und sich bei ihm beklagen werde. Gerade war der Reichswehrsoldat dabei, einzulenken, und den Brodzel zu beschwichtigen, als Kähne hinzutrat und die jungen Leute ansprach: „Was ist los? Hände aus den Taschen. Bissen Sie nicht, mit wem Sie sprechen?“ Der Reichswehrsoldat und Brodzel versuchten wieder, dazwischenzutreten. Schon erhielt aber Schünemann einen Stoß von Müller und im nächsten Augenblick auch einen Stockhieb über den Kopf von Kähne. Als dieser nun das Blut aus der Wunde fließen sah, forderte er ihn auf,

nach Poehow mitzukommen, damit er ihn da verbinden könne. „Sonst sehen noch die Kommunisten, daß er blutet.“

Die jungen Leute begaben sich aber in Begleitung Kähnes zum Wanderheim in Mittelbusch, wo der Gemeindevorsteher das Protokoll aufnahm. Da dies ein kommunistischer Gemeindevorsteher war, wollte Kähne mit ihm nichts zu tun haben und entfernte sich mit ironischen Grinsen.

Die Angeklagten bestritten, wenn auch wenig glaubwürdig, die Darstellung der Zeugen.

Der praktische Arzt Dr. Hahn, der Schünemann nach diesem Vorfall behandelt hatte, gab an, daß dieser eine 5 Zentimeter lange Wunde am Kopfe, eine leichte Gehirnerschütterung und vielleicht auch einen kleinen Bluterguß in die Schädelhöhle davongetragen hätte. Die Narbe ging schräg über den Kopf, so daß nach Ansicht des Arztes schon eher die Darstellung Schünemanns, daß Kähne seitlich von hinten zugeschlagen habe, wahrscheinlicher sei, als die Behauptung des Angeklagten, daß er von vorn einen Federhieb ausgeführt habe.

Staatsanwalt Gysae erklärte in seinem Plädoyer, daß die Angeklagten bei diesem Zusammenstoß unter der Erregung infolge des Falles Jante gestanden haben müssen, sonst sei ihr Verhalten gegenüber den drei harmlosen Wanderern nicht zu begreifen. Allerdings lasse sich bei Müller eine Schuld nicht einwandfrei feststellen, und so sei er freizusprechen. Dagegen hätten sich Schröder und v. Kähne zu Täuschlichkeiten hinreißen lassen und seien zu bestrafen. Er beantragte gegen Schröder eine Geldstrafe von 50 Mark, dagegen gegen v. Kähne wegen gefährlicher Körperverletzung unter Verneinung mildernder Umstände eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten.

## Das Urteil.

Nach dreiviertelstündiger Beratung verkündete um 4 1/2 Uhr der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Westerkamp, folgendes Urteil zunächst zum zweiten Fall:

„Die Angeklagten Müller und v. Kähne werden freigesprochen. Der Angeklagte Schröder wird wegen einfacher Körperverletzung zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Dem Nebenkläger Brodzel wurde eine Buße von 10 Mark zuerkannt. Die Kosten des Verfahrens fallen, soweit Freispruch erfolgt ist, der Staatskasse, im übrigen dem Angeklagten Schröder zur Last.“

Im ersten Fall erging folgendes Urteil:

„Der Angeklagte v. Kähne wird wegen gefährlicher Körperverletzung im Zusammenstoß mit Wöhlung zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Dem Nebenkläger Jante wird eine Buße von 50 Mark zuerkannt. Der Angeklagte trägt die Kosten des Verfahrens.“

In der Urteilsbegründung zum zweiten Fall wird betont, daß Schröder wegen der Dhrzeige zu verurteilen war, daß es sich aber nur um eine ganz harmlose Sache handelte, für die eine Geldstrafe ausreichend sei, um so mehr, als sich Schröder sonst als ein ordentlicher Mensch benommen habe. Bei v. Kähne sei zu berücksichtigen, daß er nach Lage der Dinge an einen Angriff glauben konnte, daß also Rotwehr vorlag.

Das Urteil im zweiten Falle ist ein öffentlicher Skandal. Rotwehr, weil der fünfmal wegen ähnlicher Angriffe vorbestrafte Kähne ohne Anlaß wild um sich geschlagen hat? Wir nehmen an, daß die Staatsanwaltschaft angewiesen wird, gegen dies Urteil, das dem Rohling Kähne einen Freibrief für weitere Heldentaten ausstellt, und die Unsicherheit am Schwilowsee vermehren muß, Berufung einzulegen.

Wo bleibt angesichts eines so ungeheuerlichen Urteils der Schuß harmloser Spaziergänger vor feigen Ueberfällen durch Rohlinge vom Schlage des Kähne?

## Vom Zollkrieg mit Polen.

Die durchbrochene Front.

Breslau, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In einzelnen schließlichen Blättern, die die Politik des Abbruchs der deutsch-polnischen Verhandlungen unterstützen, werden am Mittwoch zur Belebung der antipolnischen Agitation Geheimdokumente der polnischen Polizei aus Ostoberschlesien veröffentlicht. Es handelt sich um Rundschreiben der polnischen politischen Polizei, aus denen hervorgeht, daß die deutschen politischen Parteien in Ostoberschlesien besonders überwacht werden. Neu ist diese Tatsache nicht, und man wird lehren dürfen, daß sie gegenüber früheren Beschwerden gegen die polnische Minderheitenpolitik, die zum Teil noch unerledigt sind, auch nur untergeordnete Bedeutung hat.

Im übrigen werden die Aussichten des Zollkrieges hier deshalb pessimistisch beurteilt, weil von deutscher Seite die Front des Wirtschaftskrieges längst durchbrochen worden ist. Die Reichsbahn befördert z. B. den Polen diejenigen Waren, die sie jetzt in Deutschland nicht absetzen können, zu billigen Durchfuhrtarifen nach wie vor in ihre neuen Absatzgebiete. Sie fördert auch durch ihre Tarifpolitik die Verdrängung des früheren deutschen Exports in Polen durch englische, belgische und österreichische und andere Waren. Der Grenzverkehr in Oberschlesien muß unter den Bestimmungen des Genfer Vertrages aufrecht erhalten werden, und er ist in verschiedenen Warensorten während des Zollkrieges stark angefallen, so daß hier offensichtlich eine Umgehung jeder deutschen wirtschaftspolitischen Maßnahme von polnischer Seite möglich ist. Dazu kommt eine Reihe von Ausnahmegestimmungen, die die Reichsregierung für polnische Einfuhren bisher auch weiterhin aufrechterhalten hat und die ohne schwere Schädigung der deutschen Wirtschaft auch nicht zu ändern sind, z. B. in der Holzzufuhr.

## Polen lehnt Teilverhandlungen ab.

Warschau, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsche Gesandte hat der polnischen Regierung vorgeschlagen, direkte Verhandlungen über die Regelung der Ausweisungszfrage anzunehmen. Die polnische Regierung läßt in einem vom Außenministerium herausgegebenen offiziellen Kommuniqué wissen, daß sie zur Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen, in deren Rahmen auch die Niederlassungs- und Ausweisungszfrage falle, jederzeit bereit sei, es jedoch ablehnen müsse, über diese Fragen Sonderverhandlungen zu führen; Polen habe auch mit keinem anderen Staat besondere Verträge in der Ausweisungszfrage abgeschlossen, und im übrigen sei in Polen den Ausländern das Aufenthaltserrecht in weit liberalerem Maße eingeräumt, als dies in Deutschland der Fall sei.

## Japan verhandelt mit Kanton.

Tatsächliche Anerkennung eines Vertreters.

Tokio, 17. Februar. (MIB.) Die Kantongregierung entsandte Tsai Tien-shu, den Schwelgerohn Dr. Sunyassens, als ihren diplomatischen Vertreter nach Japan. Es verläuft, daß die hiesigen Behörden zwar nicht beabsichtigten, ihn als diplomatischen Vertreter anzuerkennen, daß sie aber wahrscheinlich bereit sein werden, mit ihm Verhandlungen zu führen, soweit japanische Rechte und Interessen in Südhina in Betracht kommen.

Obbe beschämt Stein. Dem Hugenberg-Journalisten Stein (Rumpelstilzchen), der in einem seiner Berliner Briefe über die Frau des Reichstagspräsidenten hämische Klatschereien verbreitet hatte, wurde durch das Bureau des Reichstags die Reichstagskarte entzogen. Als Präsident Obbe von dieser Maßnahme erfuhr, hob er sie wieder auf. „Rumpelstilzchen“ kann also auch weiterhin seinen hämischen „Wig“ üben.



# Der Kampf in Leipzig.

## Solidaritätsbeschluss der Leipziger Gewerkschaften.

Leipzig, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Leipziger Gewerkschaftsfunktionäre nahmen in einer stark besuchten Versammlung Stellung zum Kampf in der Metallindustrie. Der Bevollmächtigte der Metallarbeiter, Brumme, erwähnte in seinen Ausführungen, daß die Leipziger Metallarbeiter gewillt seien, diesen Kampf durchzuführen und daß sie sich bei diesem Willen insbesondere auch auf die Zustimmung des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stützen könnten. Er forderte alle Gewerkschaftsfunktionäre auf, in diesem Kampf der Metallindustrie größte Solidarität zu üben.

Die Diskussion ergab einmütig, daß der den Leipziger Metallarbeitern aufgezwungene Kampf über die Grenzen eines Berufskampfes hinausgehe und einen Kampf der ganzen Arbeiterklasse darstelle. In einer einstimmig angenommenen Entschliessung wurde den kämpfenden Metallarbeitern die vollste Sympathie der Leipziger Arbeiterschaft zum Ausdruck gebracht und ihnen jede Unterstützung zugesichert.

## Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung.

Wegen der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches, die von den Unternehmern beantragt wurde, fanden am gestrigen Donnerstag unter Vorsitz von Ministerialrat Dr. R. W. v. dem Reichsarbeitsministerium Besprechungen statt, die sich bis in die späten Abendstunden hinzogen, ohne daß es zu einem Ergebnis kam. Wann die Verhandlungen fortgeführt werden, steht noch nicht fest. Jedenfalls hat der Minister bisher keine Entscheidung über die Verbindlichkeitsklärung getroffen.

## Die Gleichstellung der Notstandsarbeiter.

### Ein Runderlaß des Reichsarbeitsministers.

Auf Drängen der Gewerkschaften hat der Reichsarbeitsminister in der Frage der Gleichstellung der Notstandsarbeiter mit den anderen Arbeitern neue Weisungen an die obersten Landesbehörden herausgegeben.

Wenn sich die Notstandsarbeiter auch nicht in einem regulären Arbeitsverhältnis befinden — ein solches wird erst durch die Arbeitslosenversicherung geschaffen —, so sollen sie doch schon jetzt praktisch die Rechte der anderen Arbeiter besitzen. Ebenso ist es der Wunsch des Reichsarbeitsministers, daß die Notstandsarbeiter zur Wahrnehmung ihrer Rechte besondere Vertreter ernennen. Die Betriebsleiter sollen diese Vertreter — eine Art Betriebsrat — anerkennen.

In der Entgeltfrage muß nach der Auffassung des Reichsarbeitsministeriums den Notstandsarbeitern grundsätzlich der tarifliche und ortsübliche Lohn gezahlt werden; nur in Ausnahmefällen darf eine oberste Grenze festgelegt werden. Das richtet sich vor allem gegen das Landesarbeitsamt Baden, das den Ausnahmezustand zum Grundgesetz machen wollte. Bei Beschwerden wegen Entgeltunterschieden steht den Notstandsarbeitern zwar kein eigentliches Klagerrecht, aber die Beschwerde beim Arbeitsnachweis zu.

## Der Umfang der Arbeitslosigkeit.

### Ausgesteuerte, Notstands- und Pflichtarbeiter.

Zu den Unterstützungsempfängern der Erwerbslosenfürsorge, deren Zahl in der zweiten Januarhälfte 1826 000 betrug, sind noch, will man die Gesamtzahl der Erwerbslosen ermitteln, die aus der Erwerbslosenfürsorge Unterstützung, die Ausgesteuerten, die Notstandsarbeiter und die Arbeitslosen hinzuzählen, die überhaupt keine Unterstützung erhalten, sei es, weil sie nicht als „bedürftig“ angesehen werden, oder aus einem anderen Grunde.

In der Krisenfürsorge befinden sich gegenwärtig rund 135 448 Arbeitslose. Die Zahl der dazu gehörigen Zuschlagsempfänger beträgt 144 479. Die Zahl der Ausgesteuerten betrug vom 15. Dezember bis 15. Januar rund 60 000. Täglich scheiden also aus der ordentlichen Erwerbslosenfürsorge ungefähr rund 2000 Arbeitskräfte aus. Die Kosten der Krisenfürsorge betragen im letzten Monatsdurchschnitt 5 523 043 M.

Die Zahl der Notstandsarbeiter bezieht sich jetzt auf rund 104 000; darunter sind Notstandsarbeiter im engeren Sinn 94 741; dazu kommen noch 9557 in der Krisenfürsorge befindliche Notstandsarbeiter.

Die Zahl der Pflichtarbeiter beträgt 176 684. Während die Zahl der Notstandsarbeiter zurückgeht, steigt die der Pflichtarbeiter. Der Grund dafür liegt darin, daß die Gemeinden vielfach Notstandsarbeit als Pflichtarbeit ausführen lassen, ein Unfug, dem endlich gesteuert werden muß.

Nimmt man die Zahl der nicht unterstützten Arbeitslosen mit 25 Proz. der Gesamtzahl an, was sicher niedrig gegriffen ist, so dürfte die Gesamtzahl der Arbeitslosen gegenwärtig rund zwei-einhalb Millionen, mit ihren Angehörigen wohl nahezu zehn Millionen Menschen betragen.

Eine fürchterliche Zahl. Die Unternehmer schreien fortgesetzt, daß sie ohne Ueberstunden nicht auskommen könnten, daß die Wirtschaft, daß das Reich gefährdet sei, wenn die Arbeiter nicht neun, zehn Stunden und darüber arbeiten würden. Die „Wirtschaft“ der Unternehmer erträgt es aber, daß daneben zwei-einhalb Millionen Arbeitsfähiger und Arbeitswilliger brach liegen. So sieht die kapitalistische „Wirtschaftsführung“ aus!

## Konflikt in den Berliner Brauereien.

### Urabstimmung über das Angebot der Unternehmer.

Nachdem die Funktionäre der Brauereien am Sonntag voriger Woche das Angebot der Unternehmer, die Löhne bis 1. April um 1,50 M. und vom 1. April bis zum 30. September nochmals um eine Mark zu erhöhen, abgelehnt hatten, ersuchten die Organisationen die Unternehmer noch einmal um Verhandlungen, die jedoch von den Brauereien abgelehnt wurden. Die Funktionäre beschloßen nunmehr in ihrer Versammlung am Mittwoch, in den Betrieben eine Urabstimmung über den Streik durchzuführen, da sie der Ueberzeugung sind, daß die Brauereien sehr wohl die gestellte Forderung auf 4 Mark Lohnerhöhung pro Woche bewilligen können.

Die Urabstimmung wird am Sonnabend und Montag durchgeführt werden. Zu dem Ergebnis werden die Funktionäre in einer neuen Versammlung am Dienstag Stellung nehmen, in der auch alle weiteren Beschlüsse geführt werden.

## Generalversammlung der Schuhmacher.

### Bedauerlicher Mitgliederückgang.

Die Berliner Schuhmacher hatten am Mittwoch im Gewerkschaftshaus ihre Jahresgeneralversammlung. Der Kassierer Höfner, der zunächst den Kasernenbericht für das vierte Quartal und dann für das gesamte Geschäftsjahr 1926 gab, konnte berichten, daß im allgemeinen die Kasernenverhältnisse stabil geblieben sind.

Der Bevollmächtigte Höfner, der den gedruckt vorgelegten Geschäftsbericht erläuterte, betonte, daß zwar ein Mitgliederückgang von 428 eingetreten sei, was jedoch beweise, daß die große Masse der Mitglieder von der Idee des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses überzeugt sei und der Organisation die Treue gehalten habe. Er ging dann näher auf die einzelnen Lohn- und Tarifbewegungen im Vorjahre ein, die nicht immer mit einem Erfolg für die Organisation beendet werden konnten, woran nicht zuletzt die behördlichen Schlichtungsinstanzen schuld gewesen seien. Nach seiner Auffassung müßten die Gewerkschaften das behördliche Schlichtungswesen grundsätzlich ablehnen und durch ihre eigene Kraft verfahren, das durchzuführen, was sie jetzt gegen das Reichsarbeitsministerium und die Schlichtungsinstanzen überhaupt nicht durchführen können. Er ging in seinem Bericht u. a. auch auf die mangelhafte Ausnutzung der wenigen gesetzlichen Rechte durch die Arbeiter selbst ein, was sich besonders bei den Betriebsvertretungen zeigte. In einer Umfrage im April, die von etwa 100 vorhandenen Fabrikbetrieben 41 umschickte, wurde festgestellt, daß nur 26 Betriebsvertretungen vorhanden waren. In einer Umfrage im September wurden in 59 erhöhten Betrieben nur 41 Betriebsvertretungen festgestellt. Er schloß seine Ausführungen mit dem Appell an die Verbandsmitglieder, auch in diesem Jahre alle Kräfte anzuspinnen im Interesse des Auf- und Ausbaues der Organisation.

Der zweite Bevollmächtigte Müller berichtete dann über die letzte Beiratskonferenz in Berlin, die sich mit den Ab-

änderungsanträgen zum Reichsarbeitsvertrag beschäftigt hat. Der Entwurf des Hauptvorstandes habe eine Arbeitszeit bis zu 58 Stunden pro Woche vorgezogen (?), sei aber durch den Beiratsbeschluss dahin abgeändert worden, daß grundsätzlich nur acht Stunden täglich gearbeitet werden dürfe. In besonderen Fällen kann vom Montag bis Freitag täglich eine Ueberstunde gemacht werden, wozu jedoch die Zustimmung des Betriebsrates notwendig ist. Im übrigen erstrebe der Entwurf neben einigen anderen Verbesserungen eine klarere und für den Richter verständlichere Fassung des alten Tarifes. Da durch die sehr ausgedehnte Berichterstattung und die ebenso ausgiebige Diskussion, in der sehr wenig zum Geschäftspolitisch und auch auf die erhöhten Gehälter der Angestellten herumgehakt wurde, die Zeit sehr weit vorgegriffen war, wurde die Versammlung verlagert.

Nachricht der Redaktion: Uns will scheinen, daß die kommunistische Ortsverwaltung, wenn sie den Ursachen des Mitgliederückgangs nachspüren will, nicht in die Ferne zu schauen braucht. Die schlechte Wirtschaftslage ist gewiß eine der Ursachen dieses Rückgangs. Aber auch in anderen Berufen gibt es eine große Arbeitslosigkeit, ohne daß ein proportional so großer Mitgliederückgang eingetreten wäre. Im allgemeinen hat sich der Mitgliederstand sogar gehoben. Auch die anderen Organisationen haben vor den Schlichtungsbehörden verhandelt.

Rein! Die Ursache dieses außerordentlichen Rückgangs dürfte die Gewerkschaftspolitik der derzeitigen Ortsverwaltung sein. Gewiß bemüht sich Höfner, seine kommunistische Parteizugehörigkeit mit einer unabhängigen Gewerkschaftspolitik in Einklang zu bringen. Das ist nicht leicht und gelangt nicht immer. Wie man den Schwanz nicht die nötigen Vorwände liefert, sich von der Zahlung der Beiträge mit scheinrevolutionären Gründen zu drücken, dafür sind der Geschäftsbericht Höfners, insbesondere aber der Bericht Müllers klassische Beispiele. Die Unduldsamkeit gegenüber Andersdenkenden, die zum „guten Ton“ in den Versammlungen der Schuhmacher gehört, wirken auch nicht gerade sehr anziehend.

## Es wird abgeholt.

Bei der Neuwahl der Hamburger Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes erlitten die Kommunisten eine schwere Niederlage. Die Liste der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung wurde mit 796 gegen 351 Stimmen der Kommunisten gewählt.

Die „Rote Fahne“ vom Donnerstag berichtet über eine „wichtige Kundgebung“ der kommunistischen Holzarbeiter am Sonntag. Wichtige Kundgebung? — Eine Kundgebung sonderbarer Art war es gewiß. Die „Rucht“ kam aber erst am Montag, bei der Wahl der Bezirks- und Brancheneleitungen.

**Vollzug. SPD-Zimmerer!** Sonntag, 20. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3, Versammlung sämtlicher der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung angehörender Mitglieder der Bezirksliste Berlin und Umgebung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands. Wegen der überaus wichtigen Tagesordnung ist es notwendig, daß jeder einzelne erscheint.

**Der Fraktionsvorstand der SPD-Zimmerer:**

Fraktionsleitung der SPD-Zimmerer und Helfer findet am Sonntag, 20. Februar, 6 Uhr, bei Rogow, Bernauerstr. 13, statt. Mitgliederbuch mitbringen. **Der Fraktionsvorstand.**

**Kapellere!** Vollversammlung der Kapellere und Köchinnen aller Branchen. Tagesordnung: Tarifvertrag und Lohnabkommen zur Wirtschafts- und Sozial. Im eigenen Interesse ist Er erscheinen Pflicht. Ohne Verbandsausweis kein Zutritt. Aufnahmen am Saalgebäude. Die Brandeinstellung.

**Jugendgruppe des JdH.** Probe, Freitag, 19. Uhr, finden folgende Veranstaltungen statt: **Bezirk Südwest:** Jugendheim Belle-Alliance-Str. 1-10, Eldersdamm. — **Bezirk Spandau:** Jugendheim Hindenburg 1, Fortuna; Schumb- und Schumbacher (Weißell). — **Bezirk Lichterberg:** Jugendheim Parale 10, Paralestraße 10, Arbeitsabend.

**Bezirk Gewerkschaftsjugend.** Dents, Freitag, 19. Uhr, taugen die Gruppen: **Berzmannplatz:** Gruppenheim Jugendheim Conferenz, 11, Gde. Fabrikstraße. **Der JdH aus Neuenhagen:** — **Zeppelinfeld:** Gruppenheim Stadthof, Jugendheim Zugsburger, Gde. Genter Straße. **Diebstahlstraße:** — **Perlestraße und Gewerkschaften.** — **Wobling 1:** Gruppenheim Stadthof Wobling, Gde. Str. 65-66, Zeppelinfeld. — **Köpenick:** Gruppenheim unterer Paralestraße. **Jugendvereinsleitungen** in der Kulturabteilung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Linienstr. 107, 8 Uhr. Programm: 1. Geselligkeit ins Bundesarch. 2. Auf der Straßenbahn. 3. Gde. eines Schwungrads. 4. Teil. Wichtige Zimmerleute.

Verantwortlich für Vollzug: Victor Hoff, Wilhelmstr. 6, Klingenberg; Gewerkschaftsbewegung: St. Clara; Familien: Dr. John Schifano; Estates und Sonstige: Frau Kahlert; Angestellte: Dr. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Sozialistische Zeitung G. m. b. H. Berlin, Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Hindenburgstr. 3, hierzu 2 Belager, „Unterhaltung und Wissen“ und „Stadtblätter“.

# WERTHEIM Billige Lebensmittel

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz Soweit Vorrat. Obst, Gemüse, Fleisch und Fische werden nicht zugesandt.

Frisches Fleisch	
Kalbshamm u. Brust	Pfund 75 Pf.
Kalbsnierenbraten	Pfund 85 Pf.
Kalbskeule ganz und geteilt	Pfund 95 Pf.
Schmorfleisch u. Roastbeef mit Knochen	95 Pf.
Schweinebauch u. Rücken mit Beilage	90 Pf.
Schweine-Schinken Blatt u. Kamm	1 M.
Kabler, Speer u. Kamm	Pfund 115
Dickes Rückenfett	Pfund 95 Pf.
Lieser	Pfund 85 Pf.
Gehacktes	Pfund 75 Pf.
Prima getrorenes Ochsenfleisch	
Suppenfleisch	Pfund 55 Pf.
Kamm u. Brust	Pfund 60 Pf.
Schmorfleisch mit Knochen	Pfund 70 Pf.

<b>Suppenhühner</b> frisch geschlachtet	Pfund von 110 an
Gänse gebraten, Pfund	98 Pf. an
Gänse-Brat- und Kautschuk	1,20
Schneehühner	1,70 1,90
Hasen gestreift u. ausgebraten	Pfd. 98 Pf. an

<b>Weißer Bohnen</b>	Pfund 14 Pf.
Linsen	Pfund 24 Pf.
Grüne Erbsen	Pfund 34 Pf.
Erbsen gelbe, pollert, Pfd.	36 Pf.
Viktoria-Erbsen	Pfd. 38 Pf.
Spalt-Erbsen gelb, Pfd.	44 Pf.
Suppenpulver nach böhmischer Art: Schoten mit Kalbsfleisch, Hühner, Möhner, Leber, Rindfleisch, 1 Pfd. = 25 Teiler	1,95
Hühner-Bouillon-Würfel	20 St. 50 Pf. 50 St. 2,25
Weizengrieß	Pfund 26 Pf.
Valencia-Reis	Pfund 28 Pf.
Makkaroni Hartweizen	Pfund 42 Pf.
Eier-Schnitt-Nudeln	45 Pf.
Auszugmehl 5 Pfd.-Beut.	1,25

**Gebrannt. Kaffee** eigene Rösterer Pfund von 2,25 an

<b>Bananen</b>	Pfund 48 Pf.
Kranzfeigen	Pfund 28 Pf.
Amerikan. Äpfel	Pfd. 38 Pf.
Graue Reinetten	Pfd. 38 Pf.
<b>Messina-Blutorangen</b> Kiste 100 od. 150 St.	1175
Frische Ananas	Pfund 1 M.
Rot- u. Weißkohl	Pfund 7 Pf.
Zwiebeln	Pfund 8 Pf.
Sellerie	Pfund 9 u. 16 Pf.
Blumenkohl Kopf von	20 Pf. an
Schwarzwurzeln stark	25 Pf.

<b>Bratflundern</b>	Pfund 8 Pf. 12 Pf.
Grüne Heringe 5 Pfd.	52 Pf.
Dorsche	Pfund 14 Pf.
Kabeljau ohne Kopf ganze Fische	Pfund 20 Pf.
<b>Fettbücklinge</b> große Pfund 20 Kiste 5 Pfd. 90 Pf.	
Flundern pomm.	32 Pf. 40 Pf.
Kleiner Bücklinge kleine	Pfund 45 Pf.
Goldbarse 6 Kopf, Pfd.	20 Pf.
Schellfische	Pfund 24 Pf.
Hechte frische, Pfd.	50 Pf.
Lebende Karpfen v. 1.10 an	
Rotbarse	Pfund 45 Pf.
Seelachs	Pfund 45 Pf.
Sprotten Pfd.	35 edite 58 Pf.

<b>Konserven</b>	
Junge Brechbohnen 1/2 D.	1,45 1/2 Dose 88 Pf. 58 Pf.
Grünkohl	50 Pf.
Sellerie	90 Pf.
Junge Erbsen	70 Pf.
Junge Erbsen mittelfein	84 Pf.
Karotten geschälte	40 Pf.
Jg. kleine Karotten	82 Pf.
Jg. Erbsen mit geschälten Karotten	70 Pf.
Lein, mit Karotten	1,30
Leipziger Allerlei	85 Pf.
Riesenstangenspargel 1/2 Dose 1,60 1/2 Dose 3 M	
Rote Rüben 10 Pfd.	2,30 48 Pf.
Apfelmus	65 Pf.
Saure Kirschen mit Stiel	1,35
Pflirsche geschälte halbe Frucht, 1/2 Dose	85 Pf. 1,55
Ananas Hawaii I. Scheiben	1,60
Preiselbeeren Elmer 5 Pfd.	5,20 2,95

**Konfitüren 2 Pfund-Eimer**  
Ananas 1,65 Orangen 1,15 Pflaumen 1,10

<b>Landleber- u. Rotwurst</b>	Pfund 115
Speck fett, Pfd 1,30 mager	1,40
Schinkenwurst	Pfund 1,45
Mortadella	Pfund 1,45
Filetwurst	Pfund 1,50
Mettwurst (Braunschw. Art, Pfund)	1,50
Bierwurst	Pfund 1,65
Feine Leberwurst	Pfd. 1,65
Schinkenspeck	Pfund 1,65
Zervelat u. Salami halbschmelzige, Pfund	1,80
Nußschinken schwer, Pfd.	1,95
Dampfwurst	Pfund 1,10
Berl. Mettwurst	Pfund 1,20
Teawurst	Pfund 1,80
Jagdwurst	Pfund 1,30
Polnische Wurst	Pfd. 1,40

<b>Quadratkäse</b>	Pfund 35 Pf.
Limburger	Pfund 60 Pf.
Holländer	Pfund 80 Pf.
Edamer	Pfund 85 Pf.
Steinbuscher	Pfund 98 Pf.
Allgäuer vollfett	Pfund 1,05
Limburger	70 Pf. vollfett
Tilsiter vollfett	Pfund 1,15
Schweizer	Pfd. 1,45 1,15
<b>Speisetalg</b>	1 Pfund-Paket 53 Pf.
Tafelbutter	Pfund 1,88 2,02
Dänische Butter	Pfund 2,16
Bratenschmalz	Paket 48 Pf.
Margarine	Pfund 58 Pf.

<b>Wein</b>	
1922 Frenzenheimer gebaltvoller Nahrwein	1,10
1922 Freilauerherh. Katharinenkirchse blumig emw. kelt	1,20
1922 Zeltinger (rote Kapsel) reifer Mittelmosel	1,30
1924 Niersteiner Domtal blumig, gehaltvoll	1,80
1921 Berncasteler blumige Moselart	1,90
1922 Ingelheimer lieblicher Rotwein	1,30
1921 Chät. Renouil Progr. Robert, elegant. Mädoc-Wein	2,10
Tarragona 10%, 100, vorzügliche Qualität	1,10
Mai ga Golden feins 20	1,35
Deutschherrn-Likör (Karlshäuser) 36 Vol.-Prozent	3 M.
Spanischer Rotwein mild	von 1,00 Liter 1,30
Insel-Madeira feiner	von 1,00 Liter 2,60



# Zur Verminderung des Arbeitslosenheeres.

## Die Stadtverordnetenversammlung für die höchstens 48 stündige Arbeitswoche.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde gestern einstimmig ein Beschluß gefaßt, der zur Verhütung weiterer Zunahme der Arbeitslosigkeit die Beschränkung der Arbeitszeit städtischer Betriebe und Gesellschaften auf höchstens 48 Stunden pro Woche fordert. Wo schon eine kürzere Arbeitszeit besteht, muß sie selbstverständlich erhalten bleiben. Den Beschluß empfahl der Ausschuß, dem ein kommunistischer Antrag auf Einhaltung der 45stündigen Arbeitswoche überwiesen worden war. Für die 48stündige Arbeitswoche stimmten gestern auch die Kommunisten, nachdem sie mit der Forderung einer 45stündigen Arbeitswoche nicht durchgedrungen waren. In der Debatte erinnerte unser Genosse Ulrich die Kommunisten daran, daß früher sie selber den Beitritt Berlins zum Arbeitgeberverband der Städte gewünscht haben, der dann zu Bindungen bezüglich der Arbeitszeit geführt hat. Schatz sprach sich unser Redner gegen den Überstundenstand aus, der in städtischen Betrieben einen unerhörten Umfang erlangt hat. Genosse Ulrich betonte die alte Forderung, daß die Betriebe der Stadt Berlin in Lohn- und Arbeitsverhältnissen vorbildlich sein sollen. Auch der Beschluß verlangt mögliche Vermeidung von Überstunden.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde zunächst der vom Magistrat vorgelegten Uebersicht über die der Haushaltsaufstellung 1928 zugrunde gelegten Schließel- und Einzelstücke für die Verteilung der Mittel zugestimmt. Die Versammlung ersuchte dabei u. a. den Magistrat, dem Haushaltsausschuß Vorschläge für eine stärkere Berücksichtigung der proletarischen Bezirke bei der Verteilung der Haushaltsmittel zu unterbreiten. Aus Anlaß der

### 100. Wiederkehr von Beethovens Todestag

hat der Magistrat beschlossen, eine Beethoven-Feier, bestehend aus Opernvorstellungen in den Opernhäusern und Konzerten in der Philharmonie und im Saalbau Friedrichshagen, abzuhalten. Ferner ist die Errichtung einer Stipendiumstiftung an ausübende Musiker beschlossen worden. Die Versammlung schloß sich einstimmig der Forderung des Magistrats an. — Die Kommunisten hatten vor einiger Zeit einen Antrag eingebracht, nach dem in den städtischen Betrieben die 48-Stunden-Woche eingehalten werden soll, um so eine weitere Steigerung der Erwerbslosigkeit zu verhindern. Der vorbereitende Ausschuß empfahl der Versammlung, folgenden Beschluß gutzuheißen: Der Magistrat wird ersucht, in den städtischen Betrieben und Gesellschaften dahin zu wirken, daß

### Überall die achtundvierzigstündige Arbeitswoche

eingeführt wird. Sollten Tarifverträge eine längere Arbeitszeit vorsehen, so ist bei ihren Revisionen darauf hinzuwirken, daß die genannte Empfehlung eingehalten wird. Wo eine kürzere Arbeitszeit besteht, soll sie bestehen bleiben. Überstunden sollen nur in dringenden Fällen zugelassen und dann durch Freizeit (Abbummeln) ausgeglichen werden. Die dadurch erforderlichen Neuinstellungen sind vorzunehmen. Stadtr. Stadt (Komm.) trat nochmals für die Annahme des kommunistischen Antrags ein. Die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion legte Genosse Ulrich dar. Bei der Prüfung des kommunistischen Antrags ergab sich, daß der Antrag so, wie er gestellt wurde, nicht annehmbar war. Im Ausschuß haben die Kommunisten das auch eingesehen. Es mußte zunächst festgestellt werden, inwieweit der Antrag nicht mit den bestehenden Tarifverträgen kollidiert. Die Gewerkschaftsvertreter, die gehört wurden, erklärten, daß wohl eine Anzahl Tarifverträge geändert seien zu dem Zweck, die Arbeitszeitbestimmungen zu verbessern, daß aber darüber hinaus selbstverständlich ganz generell die Arbeitszeit verkürzt werden müsse.

Die Sozialdemokraten haben im Ausschuß den Standpunkt vertreten, daß die städtischen Arbeiter nicht länger arbeiten sollten als die städtischen Beamten.

Durch den Eintritt der Stadt Berlin in den Arbeitgeberverband der deutschen Gemeinden, der seinerzeit von den Kommunisten stark befürwortet wurde, ist die Situation insofern verschlechtert worden, als nun auch der Tarifvertrag des Arbeitgeberverbandes

des angenommen werden müßte, der die 48stündige Arbeitswoche vorsieht. So sind uns jetzt bis zu einem gewissen Grade die Hände gebunden. Genosse Ulrich verbreitete sich dann über die Überstundenleistungen in den städtischen Betrieben. Auf unseren Wunsch hin ist der Fallus in den Ausschußbeschlüssen aufgenommen worden, nach dem die Gewerkschaften wegen der Änderung der Tarife bei den Direktionen vorstellig werden sollen. Die Stadtverordnetenversammlung braucht dem Vorgehen der Organisationen nicht vorzugreifen, die Verbände sind stark genug, für sich selbst sorgen zu können und sie werden das auch tun. Gerade die Arbeiterparteien im Rathaus sollten mit den Gewerkschaften konform gehen. Wie stets, so verlangen wir auch jetzt wieder, daß die Arbeitsbedingungen für die städtischen Arbeiter mustergültig sein müssen; wir verlangen aber auch, daß sich die Arbeiter nicht nur auf die städtischen Körperschaften verlassen, sondern daß sie als Arbeiter wissen, wo sie hingehören. Ulrich trat für die Annahme des Ausschußbeschlusses ein. (Braust bei den Soz.)

Stadtr. Treffer (S.) betonte, daß seine Fraktion den kommunistischen Antrag nicht annehmen könne, vielmehr dem Antrage des Ausschusses zustimmen werde. Sollte dieser angenommen werden, so bedeute das schon eine wesentliche Verbesserung des bestehenden Zustandes. Auch Treffer trat für Ulrichs Empfehlung ein, daß für den Fall, daß sich die städtischen Direktoren und Gesellschaften weigern sollten, den Beschlüssen auf Innehaltung der 48-Stunden-Woche nachzukommen, diese verlagert werden sollten. Eine Handhabe dazu bieten die die bezüglichen Bestimmungen des Reichsarbeits- und des Arbeitsministeriums. — Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wurde angenommen. Die Abstimmung ergab unter Ablehnung der kommunistischen Anträge die einstimmige Annahme der eingangs erwähnten Ausschlußbeschlüsse.

Die Abstimmung über die Anträge wegen der Revision der Beiträge mit der Hafengesellschaft ergab die Zurückweisung der Angelegenheit an den vorbereitenden Ausschuß.

Zu der Frage der anderweitigen, besseren Unterbringung der Schnitter, die alljährlich nach Berlin kommen, wurde nach der Beratung durch den Genossen Adolf Hoffmann beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, für eine bessere, hygienisch einwandfreie Unterbringung der Schnitterfamilien zu sorgen. Im übrigen soll der Magistrat dafür sorgen, daß die preussische Regierung die Landkreise und Provinzen anweist, Unterkunftsbedingungen für die Schnitter zu schaffen. Bürgermeister Scholz sprach den Stadtverordneten den Dank des Magistrats dafür aus, daß diese Angelegenheit endlich einmal zur Sprache gebracht wird. Jahrelang bemühte sich der Magistrat wegen des Aufenthalts der arbeitslosen Schnitterfamilien bei den Staatsbehörden, aber keine wollte zuständig sein. Die Frage müsse schon deshalb endlich einmal entschieden werden, weil nicht so sehr die finanzielle als die gesundheitliche Seite zu berücksichtigen sei.

Genossin Todenhagen: Von den Staatsbehörden werden mit den Schnitterfamilien der Stadt Berlin Kosten auferlegt, für die die Stadt Berlin nicht zuständig ist. Unter allen Umständen müssen die Landwirte, die die Rühnicher der Arbeitskraft der Schnitter sind, für eine ordnungsgemäße Unterbringung der Schnitter im Winter sorgen. Wenn es aber um die Landarbeiter geht, sind die Deutschnationalen schwerhörig. — Schließlich wurde noch ein Ergänzungsantrag der Kommunisten dahingehend angenommen, daß den Schnitterkindern Gelegenheit geboten werden soll, daß sie auch im Winter eine Schule besuchen können. — Bereits im November a. J. hatten die Zentrumskräfte in einem Antrag gefordert, die zur Entlohnung der Leipziger Straße und zur Erhöhung der Verkehrsicherheit geplante

### Verbindungsstraße durch die Ministergärten

(von der Französischen Straße her) doch nun bald zu bauen. Der Magistrat soll ersucht werden, die Verhandlungen mit den Ministerien zu beschleunigen und umgehend Hauptpläne vorzulegen. In dem zur Beratung der Frage der künftigen Entwicklung der Berliner City eingelegten Ausschuß ist beschlossen worden, die Straße nicht als Verlängerung der Französischen, sondern der Sägerstraße zu bauen. Nach der Berichterstattung durch den Stadtr. Bier (S.) sprach sich Stadtr. Schwarz (Dsp.) gegen das Projekt aus. Seinezeit hat die Stadt Protest gegen den Aufkauf des Hotels Kaiserhof durch die Reichsministerien eingelegt, weil dadurch durch Behörden

in die Kompetenzen der Privatwirtschaft eingegriffen worden wäre. Ebenso sollte sich im vorliegenden Falle auch die Stadt jeden Eingriff in die Rechte der Ministerien und ihres Besizes enthalten. Ebenso erklärte sich Linke (Dnail.) gegen die Durchlegung. Stadtbaurat Dr. Adler trat namens des Magistrats für die Ausführung des Projekts ein. Die Versammlung vertagte dann die weitere Aussprache auf die nächste Sitzung.

### Explosion im Laboratorium.

#### Der Chemiker lebensgefährlich verletzt.

Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich gestern nachmittag in dem chemischen Laboratorium des Dr. Grünberg in der Schmidstraße 9a. Der Inhaber wurde lebensgefährlich verletzt und von der Feuerwehr aus dem brennenden Raum geborgen.

Dr. Grünberg hat im Hause Schmidstraße 9a mehrere Keller gemietet, die er ausbauen ließ und in ein Laboratorium umwandelte. Gestern nachmittag war Dr. G. mit der Herstellung von Klebefolien beschäftigt, wozu er alte unbrauchbare Filmstreifen verwendete. Aus noch nicht einwandfrei geklärt Ursache, vermutlich aber durch Unvorsichtigkeit, geriet ein Filmstreifen in Brand. Im selben Augenblick explodierte der ganze Vorrat. Eine große Stichflamme schoß hervor und erfaßte G., der sich nicht mehr rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte. Am ganzen Körper brennend sank der Unglückliche bewußtlos zu Boden. Durch seine Hilfe waren Hausbewohner aufmerksam geworden, die die Feuerwehr alarmierten. G., der in der Nähe des Ausgangs zusammengebrochen war, konnte noch lebend ins Freie geholt werden. In hoffnungslosem Zustande wurde er in das Bethanien-Krankenhaus übergeführt. Das Feuer, das an leichtbrennbaren Gegenständen und Chemikalien reiche Nahrung fand, breitete sich sehr schnell aus. Mit großer Mühe konnte die Feuerwehr ein Weitergreifen verhindern. Starke Rauchentwicklung und stidige Gase erschwerten zudem die Arbeit.

### 9 Monate Gefängnis für Dr. Schott.

#### Das Urteil im zweiten Attentatsprozeß.

Bei der Urteilsbegründung im zweiten Moabit Attentatsprozeß hob Sondergerichtsdirektor Fiedig hervor, daß diesmal der Sachverhalt in verschiedenen Punkten anders liege, als in dem Falle des Rechtsanwalts Dr. Ludwig Meier. Es mußte daher auch rechtlich eine andere Bewertung der Strafhandlungen erfolgen. Der Hauptangeklagte, Justizsekretär Gustav Bahle, wurde wiederum das erworbene Amtverbrechen und der Bestechung schuldig befunden und von neuem zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus (samle 150 Mark Geldstrafe oder weiteren 15 Tagen Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Angeklagte Koffel wurde diesmal nur schuldig befunden der Beihilfe zur Bestechung, daselbe wurde bei dem Angeklagten Dr. Schott angenommen. Koffel und Dr. Schott wurden zu je 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Kaufmann Vitzhauer erhielt wegen Bestechung 4 Monate Gefängnis. Schott und Vitzhauer wurden je 2 Monate auf die Untersuchungshaft angedreht. Die gezahlten Bestechungsgelder in Höhe von 300 M. wurden dem Staat verfallen erklärt.

Gegen Bahle kommen noch drei weitere Anklagen wegen Amtverbrechens und Bestechung, bei denen der Sachverhalt genau so liegt, wie in den bisher abgeurteilten Fällen, zur Verhandlung. Justizsekretär Koffel ist nur an zwei von diesen Anklagen beteiligt. Gegen Bahle kommt außerdem noch ein umfangreiches Strafverfahren wegen schwerer Amtsunterschlagung in 15 Fällen in Verbindung mit Amtsbestechung. Der nächste Attentatsprozeß gelangt am kommenden Montag vor demselben Schöffengericht, das bisher über die beiden Justizbeamten abgeurteilt hatte, zur Verhandlung.

Achtung, Beamte! Die von der Bezirksarbeitsgemeinschaft sog. Beamten und Lehrer für Freitag, den 18. Februar, nach dem Jugendheim Lindenstr. 3 einberufene Sitzung mit dem Vortrag des Genossen Stiering muß auf Freitag, den 25. Februar, abends 7 1/2 Uhr, verschoben werden. Die Sitzung findet nicht im Jugendheim, sondern in den Kammerböden, Lettner Straße 1 (Ecke Belle-Alliance-Straße), Cäcilienpark, statt, weil nach den bisherigen Mitteilungen mit einem so starken Besuch der Veranstaltung zu rechnen ist, daß das Jugendheim hierzu nicht ausreichen dürfte.

## Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1926 by Paul Zsolnay, Wien.

Paul hatte sie auch gepackt und küßte sie auf den Hals. Sie wollte aufstehen, aber wir widerhielten uns.

„Nein, Mama, du bist unsere Gefangene.“

Rum mußte sie sich fügen und sie tat es gern. Dann sprang sie auf und rief mit Kommandostimme: „Bist aber rasch ihr kleines Bestie!“

Paul wurde wieder in seinen Wagen gesetzt, der Weg ging steil bergab.

„Da können wir unmöglich gehen.“

„Versuchen wir's,“ antwortete ich.

Sie schritt hinter mir, sehr anmutig in ihrem blauen Alpakaftid, ein mit Rosen geschmücktes Hütlchen stand ihr reichend.

Wir gingen den steilen, abschüssigen Weg hinunter und ich wendete jeden Augenblick meinen Kopf zurück. Halb lachend, halb ärgerlich rief sie mir zu: „Jacquess, wir kommen hier nicht weiter, kehren wir um.“

Ich antwortete im selben Ton: „Unmöglich zurückzugehen, nur weiter.“

Die laue, reine Luft, die Sonne, die die Bäume mit ihrem Licht überschwenkte, der Sang der Vögel, das Rauchen der Blätter, das Murmeln eines Bächleins, das von einem Felsen herabstürzte, das Summen einer Biene, alle die zauberhaften Töne lockten uns immer weiter. Wir waren berauscht von der Luft, den Düften, den blauen, flimmernden Lichtern und wir haben dieser Trunkenheit unbewußt nach.

Rüchlich, bei einer Wegbiegung, öffnet sich der Wald und der See erscheint, glühend und blau.

„Mama, komm' schnell, schau' her.“

Sie ging rascher und betrachtete schweigend die unvergleichliche schöne Landschaft.

Die Sonne neigte sich schon zu den Rängen des Jura, als wir zum Bahnhof kamen, wo Leute warteten.

„Bleibe! Geht jetzt ein Zug nach Genf“, meinte Mama.

Ich erkundigte mich und wirklich gab es zehn Minuten später einen Zug.

„Was kostet eine Karte?“

„Fünfundzwanzig Centimes.“

„Sch habe im ganzen noch zwei Franken,“ meinte sie ernst.

„Paul zahlt wohl nicht, aber es ist ein Aufschlag für den Wagen zu errichten. Ach was,“ fuhr sie sorglos fort,

„ich habe ja noch für morgen Matkaroni, Butter und Käse zum Mittagessen und übermorgen bekomme ich wieder etwas Geld... kommt.“

Einige Minuten später sahen wir im Zug.

„Belch' herrlichen Spaziergang wir gemacht haben,“ sagte meine Mutter strahlend, „ich hätte nie gedacht, daß meine alten Beine...“

Sie konnte nicht ausrufen: „Mama, du bist so jung und so schön geworden!“

Sie lächelte Paul zu, der auch ganz selig war. Wir legten die kurze Fahrt schweigend zurück, unserer Freude ganz hingeeben und bildeten zur Sonne hinaus, die die Fluten des Sees purpurn färbte.

### Das Ende des Traumes.

Rum waren wir schon zwei Jahre in Genf, als gegen Ende des Winters 1911, meine Mutter erkrankte. Sie mußte mehr als zwei Wochen lang das Bett hüten. Die Patin besuchte sie und bot ihr an, sich um das Hauswesen zu kümmern. Die Mutter wollte es nicht annehmen, so sorgte die Frau wenigstens für Paul und Alice. Während der ganzen Krankheit meiner Mutter blieb der Kleine bei der Patin; das Dienstmädchen holte Paul des Morgens ab und ich führte ihn, wenn die Schule aus war, nach Hause, denn meine Mutter hatte nicht zugeben wollen, daß ich durch ihre Krankheit die Schule veräume. Frühmorgens stellte ich alles Nötige auf ein Tischchen an ihr Bett und ging dann schweren Herzens fort. Sie wollte keinen Arzt und ich wagte es nicht, gegen ihren Willen zu handeln, um sie nicht aufzuregen. Nach zwei Wochen stand sie auf, aber sie war sehr schwach und konnte noch nicht ihre Stunden außer Haus geben; sie schickte mich mit einem Brief zu ihren Schülern und bei sie, während der nächsten Zeit zu ihr zu kommen. Die meisten waren sehr lebenswürdig und erklärten sich einverstanden, nur zwei Damen antworteten, daß sie keine Zeit hätten und die Stunden unterbrechen müßten. Die Mutter, die jetzt gerade kräftige Nahrung gebraucht hätte, verlor so einen Teil ihrer Einnahmen. Ein unüberwindliches Schamgefühl hielt mich ab, die Patin um Geld anzusprechen. So schickte mich die Mutter mit dem blauen Alpakaftid ins Dorf. Eine dicke Frau gab mir mit argwöhnlichem Blick heftig Franken, von denen wir bis zum Monatsende lebten.

In jenem Abend sagte die Mutter mit eintöniger, müder Stimme: „Das verzeihe ich deinem Vater nicht, so lange ich lebe.“

Zum erstenmal sprach sie das aus, was wir uns beide dachten. Ich gab keine Antwort und ging schlafen.

Als ich im Bette lag, das ich mit dem kleinen Paul teilte, kamen mir ihre Worte wieder in den Sinn. Ich sah mich mit einem Male unsere Lage klar vor mir. Seit fünf Jahren war er fort. Zuerst hatte er von Zeit zu Zeit Nachricht von sich gegeben; er schwor seiner Frau, daß er eifrig arbeitete, er hätte eine „prachtvolle Anstellung“, die ihm bald erlauben würde, uns nachkommen zu lassen; bald würden wir wieder „weiches Brot“ essen. Dann kam wohl ein kleiner Geldbetrag und meine Mutter schöpfe neuen Mut. Monate vergingen, wir blieben ohne Nachricht, dann war eine kurze Karte aus Paris gekommen: „Nur Mut, ich arbeite.“ Einige Zeit nachher war ein verzweifelter Brief mit dem Poststempel Marseille gekommen: „Müchtige Feinde“ — eine Verschönerung zu seinem Verderben angezettelt — hatten ihn um seine „prachtvolle Anstellung“ gebracht. Auf all das zudte meine Mutter die Achseln und meinte verachend: „So ein Idiotenschwätz!“ Rum hatten wir seit Jahren nichts mehr von ihm gehört. Ich stellte mir gerade die Frage, was er wohl jetzt tun möge, als Paul, der fest schlief, sein dickes Händchen auf meine Brust legte. Bei dieser Berührung, die süßer war, als der zärtlichste Kuß, kam ein Gefühl von Auflehnung über mich und einer unendlichen Liebe.

Seit zwei Jahren besuchte ich das Gymnasium, das Vornen machte mir viel Freude, ich war ein sehr guter Schüler. Meine Patin hatte durchgesehen, daß ich vom Schulgeld befreit war und die Bücher umsonst erhielt. Ich wollte Ingenieur werden, ich sann phantastische Pläne aus, die mich berühmt und ungeheuer reich machen sollten. Eine Riesenbrücke würde ich bauen, um Calais mit Dover zu verbinden. Dadurch würde der Weg nur ein paar Minuten dauern und die ganzen Schwierigkeiten des Ein- und Auschiffens wegfallen. Sah ich zum erstenmal im Reichtum, dann wollte ich mich an den zweiten Plan wagen, der so abenteuerlich war, daß mich meine Kameraden auslachten, als ich eines Tages ein Herz faßte und ihnen alles auseinandersetzte.

Ein Tunnel, der in drei Stunden Petrograd mit Stockholm verbinden sollte. Schon bei dem bloßen Gedanken stieg mir das Blut zu Kopf und hämmerte in meinen Schläfen. Die Schwierigkeiten, die es da zu überwinden gab, brauchten mich, das Ringen zwischen Natur und Wissenschaft erschien mir tausendmal wunderbarer, als alle Abenteuer, die ich je gelesen hatte. Vielleicht würde ich so wie Lessings vor der Vollendung meines Werkes unterliegen, aber meine langjährigen Kämpfe und Mühseligkeiten waren belohnt: Der Panamakanal war vollendet, der Lotz triumphierte als Sieger.

(Fortsetzung folgt.)



## Raubüberfall in der Wohnung. Das Opfer eine gelähmte Frau.

Ein eigenartiger Raubüberfall wurde Donnerstag vormittag in dem Hause Schreinerstraße 24 verübt. Hier wohnt im ersten Stock am Hof ein Handelsmann Witom, dessen Frau schon längere Zeit gelähmt ist und das Bett hüten muß. Als Witom gestern morgen auf seinen Handel ausging, lehnte er die Tür für nur an, weil seine Frau die Wäsche erwartete. Einen Zwanzigmarschein ließ er für diese und ihre Einkäufe zurück. Etwa gegen 9 Uhr betrat ein junger Mann in schwarzem Rockpaleot und Hut mit einer Aktentasche unter dem Arm die Wohnung und erklärte, daß er von der Lebensversicherung komme. Die trank Frau erwiderte, daß sie mit der Lebensversicherung nichts zu tun habe. Auf ihren Wunsch verließ dann der Besucher die Wohnung. Nach einer halben Stunde erschien er wieder, diesmal ohne Paleot und Aktentasche. Er trug jetzt eine Schiebermütze. Die erschrockene Frau bat ihn, ihr doch nichts zuleide zu tun, er sehe ja, daß sie krank sei. Als er erklärte, daß er Geld brauche, weil er Hunger habe, wies die Frau auf den Zwanzigmarschein. Ohne sich jedoch den anzusehen, ergriß er jetzt die Beidende und drückte sie der Frau auf das Gesicht. Diese hörte noch, daß jetzt ein zweiter Mann hereinkam und daß einer zum anderen sagte: „Was mach doch schnell!“ Dann sprachen sie nicht mehr und verschwanden. Als die Wäschefrau bald darauf kam, ergab sich, daß die beiden das Bett geöffnet und das Portemonnaie des Mannes mitgenommen hatten. Was es enthielt, weiß die Frau nicht. Den Zwanzigmarschein hatten die Räuber liegen lassen. Die Wäschefrau machte Anzeige bei der Polizei, von den Räubern war natürlich nichts mehr zu sehen.

## Das Rätsel um den Mädchenmord. Das Mordwerkzeug gefunden?

In den Ermittlungen zur Aufklärung des Mädchenmordes spielte bekanntlich ein blutbefudelter Mantel eine Rolle. Jetzt ist festgestellt, daß er für das Verbrechen nicht in Betracht kommt. Der Mann, der ihn seinem Eigentümer zurückbrachte, ist in diesem Mantel, den er verkauft hatte, auf der Straße verunglückt. Das Blut stammt aus einer schweren Kopfverletzung. Dagegen ist in Bantow selbst wieder ein Hund gemacht worden, der bedeutungslos sein kann. Am Montag, einen Tag nach dem Mord, fand ein Junge in der Berliner Straße vor dem Hause Nr. 53, nicht weit von der Stelle, an der die Handtasche der Ermordeten in einem Vorgarten gelegen hatte, unter einem Strauch ein Taschenmesser, dessen große Klinge aufgefaltet war. Das mittelgroße Messer, das außer der großen noch eine kleine Klinge, ferner eine Nagelfeile und einen Korkezieher hat, war über und über mit Blut besudelt, außen und besonders auch im Klingengebiet. Der Junge nahm es mit nach Hause und sagte zu seiner Mutter, es werde wohl das Messer sein, mit dem die Reding ermordet wurde. Die Mutter jedoch war der Meinung, daß das Mädchen mit einem Rasiermesser umgebracht sein werde, entschloß sich, das gute Taschenmesser für sich zu behalten und reinigte es von dem Blut, das, wie sie sagt, noch ziemlich frisch war. So wäre der Hund gar nicht bekannt geworden, wenn nicht der Junge davon gesprochen hätte. Nach seiner Erzählung sprach es sich nun weiter herum, so daß auch die Mordkommission von ihm hörte. Ihre Beamten ermittelten die Frau und beschlagnahmten das Messer, das jetzt von dem Sachverständigen des Polizeipräsidiums auf Menschenblut mikroskopisch untersucht und dann auch im Polizeipräsidium ausgestellt werden wird. Es ist ein gut erhaltenes Taschenmesser mit Hirschhornschale, die große Klinge ist etwa 8 Zentimeter lang. Mit ihr können sehr wohl die tödlichen Schnitte geführt worden sein. Sollte aber jemand das Messer verloren haben und wissen, daß das Blut anderswo herührt, so wird er gebeten, sich im Interesse der Untersuchung unverzüglich bei der Mordkommission zu melden, ebenso jeder andere, der über die Herkunft des Messers etwas betunden kann.

## Du sollst nicht prügeln!

Zu den Lehrern, die mit ihren Schülern immer noch nicht ohne Prügel fertig werden können, gehört auch ein in Rosenthal an der Gemeindefschule in der Kastanienallee beschuldigter Lehrer Kengel. Die ihm vorgesetzte Dienstbehörde hat ihm schon vor einigen Jahren das Gebot „Du sollst nicht prügeln“ eingehandelt, das jedem fortgeschrittenen Lehrer eine der wichtigsten Erziehungsmaßregeln ist. Daß aber jene Mahnung nicht viel gehalten hat, zeigt eine neuerliche Prügelei aus letzter Zeit. In der Pause waren einige Schüler mit Steinen nach Hühnern, die dem Schulhausmeister gehören. Dem Lehrer Kengel, der die Aufsicht zu führen hatte, wurde die Sache gemeldet. Auf seine Frage nach dem Täter nannten ihm einige Schüler den Knaben Michaelzi, der sich an dem Unfug tatsächlich nicht beteiligt hatte. Lehrer Kengel glaubte die Beschuldigung und ohrfeigte Michaelzi. Die Schläge waren so kräftig, daß der Knabe von da an über starkes Kopfschmerz klagte. Weil er schon wegen einer Mittelohrentzündung wochenlang in ärztlicher Behandlung gewesen war, geriet die Mutter in besorgliche Sorge. Als die Schmerzen sich in den nächsten Tagen noch steigerten, suchte sie mit ihm das Ambulatorium Reinholdsdorf auf, und hier wurde eine Entzündung im Ohr und eine Durchlöcherung des Trommelfells festgestellt. Man wuschte den Knaben dann nach dem Wundheilungs-Krankenhaus, und er liegt dort seit Wochen. Die Mutter hat inzwischen das zuständige Bezirksamt Reinholdsdorf von der ihrem Sohn widerfahrenen Behandlung in Kenntnis gesetzt. Sie darf daher erwarten, daß gegen den prügeln den Lehrer dienstlich eingeschritten wird. Für Lehrer Kengel muß der Fall Michaelzi zu einem Denkmahl werden, der ihm das Prügeln für immer abgewöhnt. Auch der Elternbeirat hat sich bereits mit dieser Prügelei beschäftigt, wobei vom Rektor der Schule als richtig bestätigt wurde, daß Michaelzi nicht einmal zu den Steinwerfern gehört hatte.

## Was schulentlassene Mädchen beachten müssen.

Soweit Mädchen für die Berufswahl in Frage kommen, vertreten die Mütter vielfach die Ansicht, daß ihre Töchter, bevor sie einen anderen Beruf ergreifen, sich erst in der Hauswirtschaft etwas vervollkommen müssen, um später einmal tüchtige Hausfrauen zu werden. Der immer noch herrschende Mangel an geübten Hausgehilfinnen bringt es mit sich, daß die private Hauswirtschaft gewissermaßen ausnahmsfähig ist. Da jedoch der Mangel an geübten Arbeitskräften darauf zurückzuführen ist, daß die Arbeitsbedingungen in bezug auf Arbeitszeit, Lohn, Kost und Logis im allgemeinen viel zu wünschen übrig lassen, gilt es darauf zu achten, daß bei der Annahme solcher Stellen, namentlich für Jugendliche, tatsächlich geregelte Arbeitsverhältnisse vorhanden sind. Da an Stelle der 1918 außer Kraft gesetzten Befristungsordnung ein neues Recht für Hausgehilfen noch nicht geschaffen ist, bestehen keine gesetzliche Schutzvorschriften für Jugendliche in der Hauswirtschaft. Daraus ergibt sich, daß bei Abschluß eines freien Arbeitsverhältnisses die Arbeitsbedingungen möglichst vertraglich zu regeln sind, wobei auf den Schutz gegen körperliche Überanstrengungen besonders zu achten ist. Rechtlich zu beachten sind die §§ 611 bis 630 des BGB., die sich auf den Dienstvertrag beziehen.

Kewerdings ist auch die Möglichkeit gegeben, Lehrmädchen in der Hauswirtschaft unterzubringen. Der Lehrvertrag, welcher gemeinsam von den Organisationen der Hausfrauen und Hausgehilfen, den Eigenarten der privaten Hauswirtschaft entsprechend, ausgearbeitet und geschlossen worden ist, stellt eine zweijährige Lehrzeit vor. Für die Annahme einer Lehrverpflichtung sind nur solche Haushaltungen zu empfehlen, die von den Vertrauensfrauen als geeignet für die Ausbildung eines Lehrlings empfohlen werden. Die ersten vier Wochen der Lehrzeit gelten als Probezeit. Beim Abschluß eines solchen Vertrages hat, soweit Jugendliche in Frage kommen, der gesetzliche Vertreter die einzelnen

# Berlin huldigt Pestalozzi.

## Im Rathausfestsaal.

Der Magistrat von Berlin gedachte Pestalozzis in einer großen Gedenkfeier, die er gestern im Festsaal des Rathauses veranstaltete. Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, der Bezirksämter und der Stadtverordnetenvereinigungen, Männer und Frauen aus dem Unterrichtswesen und der Jugendpflege, Vertreter des Provinzialhochschulrats und der Staatsregierung nahmen an der Feier teil.

Oberbürgermeister Böhm wies in einer begrüßenden Ansprache auf einen von Pestalozzis Grundgedanken hin, auf sein Wort: „Ich will dem Volk helfen durch Entwicklung seiner wahren edlen Natur, ich will es zu Menschen machen.“ Berlin und Deutschland haben es heute in der Zeit bitteren Mangels doppelt nötig, sich wieder Pestalozzischer Gedanken zu erinnern. Böhm verkündete, daß der Magistrat aus Anlaß der Pestalozzi-Gedenkfeier beschlossen hat, ein Landtschulheim zu schaffen. Die Festspreche des Stadtschulrats Rydahl würdigte die Bedeutung Pestalozzis. Seine Forderung, daß die Bildung allen zugänglich gemacht werden soll, kennzeichnet die soziale Richtung seiner Pädagogik. Auch heute, hundert Jahre nach seinem Tode, hat diese Aufgabe noch keine endgültige Lösung gefunden. Anlässe zur Durchführung von Pestalozzis Gedanken sind in unserem Schulwesen zu erkennen. Wenn Pestalozzi heute lebte, träte er in die vorderste Reihe der Kämpfer für die in unserer Zeit angeführte Schulreform. Mitreiter wäre er in dem Kampf um die Arbeitsschule, in dem Kampf um die Einheitschule ohne Rücksicht auf Stand und Bekanntheit der Eltern. Diese ersten Probleme stehen vor unserem Blick bei der Gedenkfeier, die wir heute begehen. In keinem Geist handeln wir auch, wenn wir die Schule zu einer Stätte machen, an der die Jugend zur Freiheit in der Gemeinschaft erzogen wird. Wenn wir bereit sind, Pestalozzis Gedanken zu verwirklichen, nur dann dürfen wir ihm heute huldigen.

Die Festspreche wurden umrahmt von Rezitationen des Universitätslektors Dr. Drach aus Pestalozzis Werken und von Gesängen eines aus geschulten Kinderchors der Berliner Gemeindefschulen 117 und 249 (Eberswalder und Grefsenburger Straße). Das Bültharmonische Orchester leitete die Feier stimmungsvoll ein mit Glucks „Sphingia“-Ouvertüre und auch ihr mit Webers „Curganthe“-Ouvertüre einen prächtigen Abschluß.

## Die Feier des Bezirksbildungsausschusses.

Im Oberfestsaal der Bültharmonie veranstaltete unser Bezirksbildungsausschuss eine Pestalozzi-Gedenkfeier, die wahrscheinlich die eindrucksvollste aller Berliner Feiern gewesen ist, weil sie am tiefsten in das Wesen dieses merkwürdigen und einsamen Schwyzers eingedrungen ist. Oberstudienrat Dr. Karfen hielt die Gedenkrede, und er arbeitete mit besonderer Schärfe die zwei großen Etappen der Entwicklung Pestalozzis heraus: Zuerst der Versuch, durch ökonomische Umformung die Massen zu gewinnen und dann das, was man als Evangelium Pestalozzis ansprechen kann, die Idee der Volkshöhe durch Volksbildung. Die Frage liegt nahe, so sagte Karfen, warum gerade

Paragrafen zu beachten und namentlich über die Leistung schwerer Arbeiten je nach Alter und Körperkraft des Lehrhins eine Verständigung herbeizuführen, resp. Abmahnungen zu treffen, die den Gehirne gegen Überanstrengung und Gefährdung der Gesundheit schützt. Besonders ist zu empfehlen, daß Eltern und Familienangehörige, die mit ihnen in einem Verwandtschafts- oder Freundschaftsverhältnis stehenden jungen Mädchen wie auch die älteren Hausgehilfen ihrer Berufsorganisation, dem Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands, Gruppe im Deutschen Bertehtbund, zuzuführen. Die Berufsorganisation ist die einzige Stelle, von der aus die Interessen der Hausgehilfen vertreten werden und die ihnen mit Rat und Hilfe in Rechts- und Berufsfragen zur Seite steht.

## Gefährliche „Freunde“.

Nichts unterscheidet den einfach gekleideten Mann hinter den Schranken der Anklagebank im Newheren von irgendeinem Arbeiter. Er war ja auch einmal ein Arbeiter, und dann wurde er arbeitslos, wie so viele — dann lernte er das Sittenmädchen Anna S. kennen. Und dann wurde er ihr „Freund“. Sie zogen zusammen, sie wirkte für ihn, sie sorgte für den Hausstand; allmählich gewöhnte er sich den Gedanken an eigene Arbeit ab. Jetzt mußte sie herankommen. Wollte sie mal nicht geben, trieb er sie heraus, und die Anna ging von mittags an bis lange nach Mitternacht, so daß ihre „Kolleginnen“ sie bedauern. Alle wußten es: die Anna hatte die Hölle bei ihrem „Freund“. Aus der Wohnung der Eltern holte er sie sogar. Und eines Tages hatte seine „Erziehung“ ein unerwartetes Resultat erreicht: Die Anna besorgte sich Arbeit, sie wollte lieber acht Stunden in der Fabrik, als sechzehn Stunden „auf die Straße“ auf Arbeit gehen. Da packte den „realen Verlassenen“ die Mut. Wozu sollte er denn leben? Er ging zu Annas Arbeitsstelle, „besorgte ihr ein Löffel“, und beschimpfte sie dabei. Da riß er die Geduld, und sie zeigte ihm wegen Zuhälterei an. Er hat sie geschlagen, mit der Waffe bedroht, um sie auf die Straße zu bringen, und nun wollte er sie aus der mühsam erlangenen Arbeit bringen! Schließend wurde er zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis und zu drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Und noch ein Zuhälter. Aber der arbeitet schon lange in verwandten Branchen. Fast ein Duzend Vorstrafen hat der kaum dreißigjährige aufzuweisen. Seine letzte Freundin hat er schwer geschlagen — die letzten zwei März mußte sie ihm aushändigen, und wehe, wenn die täglichen 10 Mark Taschengeld für den Herrn nicht da waren! Selbst wenn sie krank war, riß er sie aus dem Bett und trieb sie auf die Straße. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 3 Monate Gefängnis! Da reißt dem Angeklagten die Geduld. Er weiß, wie man Eindruck macht vor Gericht! Nur die Gesinnung kann schaffen! Als er das letzte Wort hat, zieht er feierlich ein Schreiben aus der Brusttasche: „Und wenn ich, meine Herren, so

wir als Angehörige einer Arbeiter- und Volkspartei, diesen Mann feiern, der zu einer Zeit lebte, als von einem Proletariat in unserem Sinne noch nicht die Rede sein konnte. Man muß aber dabei daran denken, daß auch Pestalozzi bereits in einer ausgebeuteten und deshalb verkommenen Landbevölkerung lebte, deren „Rat“, eigene, wie die der Kinder, ihn sein ganzes Leben lang begleitete, ihn niemals losließ und sein ganzes Denken und Handeln bestimmte. Er sah besonders die unehobte Not einer Jugend, die ohne Hilfe verwahrloste und vertam. Von seiner anfänglichen Meinung, daß man dem Volke durch ökonomische Verbesserung seiner Lage helfen könne, kam er ab und glaubte das Glück des Volkes in einer vernünftigen rationalen Bewirtschaftung des Bodens sehen zu müssen. Die Ideen Jean Jacques Rousseaus spielten bereits hinein. Der Mensch soll wieder zu einer Einheit mit der Natur kommen. Aber die Menschen, denen er helfen wollte, verfolgten sich ihm und keinem Wollen. Sie waren bereits so tief gesunken, daß ihnen kaum noch zu helfen war. Deshalb verfuhr er es mehr mit den Kindern. Aber auch hier erlitt er Schiffbruch. Ohne zu verzagen, arbeitete er weiter. Als die Ideen der französischen Revolution über die Länder und die Völker zogen, erklärte er, „in dem Kampfe um die Macht des Volkes ist meine Stellung immer bei dem Volk“. Nicht durch die Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse meinte er die Lage des Volkes bessern zu können, sondern einzeln und allein durch die Entfaltung der geistigen Fähigkeiten des Volkes, durch die Volksbildung. Wieder machte er einen Versuch mit den Kindern. Wenn es dem Erziehungswert gelang, in jedem Menschen die sittlichen Kräfte auszubilden und mit der Sprache die innere Welt zu gestalten, dann ist das Ziel zu erreichen. Unsere Aufgabe ist es nun, das Evangelium und die Ideen Pestalozzis umzusetzen und umzugestalten in dem Sinne, daß das in sich einige Proletariat auch auf diesem Gebiet zur Selbsthilfe schreiten muß. Unsere Schule wird im Zeitalter der Vergesellschaftung nicht mehr dem Ideal der Familie nachstreben, sondern sich an die arbeitende Gesellschaft anlehnen und sich in den strengsten Formen systematischer rationaler Arbeit bewegen. Nicht Liebe, sondern sachliche Verpflichtung kann uns vordrücken helfen. Wir werden es sein, die das Testament Pestalozzis vollstreden helfen. — Der tiefstehende Vortrag des Genossen Karfen wurde umrahmt von einer eindrucksvollen Vorlesung, die Frau Bally Seidel aus den Werken Pestalozzis hielt. Ganz im Sinne des großen Volks- und Jugendfreundes war es, daß ein Kinderchor des Gesangsvereins „Harmonie“, Charlottenburg, zu Beginn der Feier schöne Lieber vortrug.

## Im Lehrervereinshaus

veranstaltete die Berliner Lehrerschaft, und zwar ein Gremium von neunzehn verschiedenen Organisationen, eine Pestalozzi-Feier, die auch durch den Rundfunk übertragen wurde, und in der in Vertretung des erkrankten Kultusministers Dr. Becker Ministerialdirektor Kästner die Festspreche hielt, während der Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins, Georg Wolff, die soziale Seite der Arbeit Pestalozzis betonte.

ein wirklich verworfener Mensch wäre, dann würde mir doch die Deutschnationalen Volkspartei nicht ein solches Ehrengewand geben!... Aber es gibt schon ganz hart-herzige Richter, und so wird der ehrenhafte, nationale junge Mann zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

## „Beamtenrecht.“

Von der Beamtenzentrale der Partei werden wie um Aufnahme der nachstehenden Feilen ersucht:

Zu dem Bericht über die Sitzung der Bezirksarbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamten bringt der „Vorwärts“ in der Morgenausgabe vom Mittwoch, dem 16. Februar, eine Zuschrift von einem parteigenösslichen höheren Beamten, die geeignet ist, falsche Auffassungen über die Stellung der Partei zum Berufsbeamtentum aufzuklären zu lassen und die sozialdemokratischen und freien Gewerkschaften als Gegner des Berufsbeamtentums hinzustellen. Es handelte sich gar nicht um eine Beamtenversammlung, sondern um eine nicht-öffentliche Sitzung der Bezirksarbeitsgemeinschaft, zu der auf Beschluß dieser Körperschaft auch die Mitglieder der Werkschüsse eingeladen waren. Die theoretischen Ausführungen des Genossen Bendix, die — wie er selbst weiß — im Gegensatz zur Parteiauffassung stehen, wurden von allen Diszussionsrednern abgelehnt, besonders eindringlich von den ADG-Genossen.

Der Behauptung, daß „im Beamtenprogramm unserer Partei ausdrücklich die Eingliederung des Beamtenrechts in das allgemeine Arbeitsrecht gefordert wird“, sind wir schon seit Jahren in unseren Aufklärungschriften entgegengetreten. Unser Beamtenprogramm fordert genau das Gegenteil! Ebenso falsch ist es, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund die arbeitsrechtliche Theorie des Beamtenrechts vertritt. Der ADGB hat niemals eine solche Stellung eingenommen, hält sich in dieser Frage auch nicht für zuständig. Der Allgemeine Deutsche Beamtendbund wehrt sich gleichfalls seit Jahren gegen die von den gegnerischen Organisationen gemachte Unterstellung, Gegner eines besonderen Beamtenrechts zu sein. Er hat lediglich in seiner Verlagsgesellschaft den Entwurf eines Beamtengesetzes, der auf der arbeitsrechtlichen Theorie aufgebaut ist, veröffentlicht. Dieser Entwurf stellt jedoch nach der ausdrücklichen Erklärung des ADGB nur eine Privatarbeit von Seibel, Dr. Wölter und Dr. Buh-Nichter dar. Zwischen dem ADGB und ADB bestehen in dieser grundsätzlichen Frage des Beamtenrechts keine Meinungsverschiedenheiten. Unsere praktische Beamtenpolitik im Reichstag wie im Landtag ist der schlagendste Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie auf dem Boden des öffentlich-rechtlichen Dienstvertrages steht. Daher ist es auch falsch, wenn in der Zuschrift behauptet wird: „Die Verammlung verlangte eine Abänderung des Beamtenprogramms unserer Partei dahingehend, daß das Beamtenrecht zukünftig mit dem Arbeitsrecht nichts mehr gemein haben solle.“ Zu einem derartigen Verlangen lag gar keine Veranlassung vor, weil ja die Trennung des Beamtenrechts vom Arbeitsrecht bereits vorhanden ist, und die Forderung auf Abänderung dieses Zustandes lediglich von einigen Arbeitrechtlern von dem demokratischen Arbeitsrechtstheoretiker Dr. Heing Totthoff übernommen wurde. Die sozialdemokratischen Beamten lehnen ohne Unterschied ihrer gewerkschaftlichen Orientierung die Verwirklichung dieser „arbeitsrechtlichen Theorie des Beamtenrechts“ ab. Um aber den absehbaren Mißverständnissen unseres Beamtenprogramms durch unsere Gegner einen Riegel vorzuschleiben, verlangen sie eine klarere Fassung dieses Programms.

## Sür chronische Dispeptiker

Nehmen Sie Biseritte Magnesia und machen Sie folgende Probe: Essen Sie eine gute Mahlzeit von den guten Dingen, welche Ihnen gewöhnlich nicht gut bekommen, dann nehmen Sie einen halben Teelöffel Biseritte Magnesia in etwas warmem Wasser. Sie werden über das Ergebnis überrascht und erfreut sein. Besorgen Sie sich noch heute eine Flasche aus der Apotheke, nehmen Sie nach Vorschrift ein, und Sie werden Ihre Bekannten bald darüber belehren können, wie man Verdauungsstörungen loswerden kann. Denken Sie an den Namen: „Biseritte Magnesia“ — das Mittel für schlechte Verdauung.

In jeder Apotheke in Pulver- und Tablettenform zu M. 1,50 und M. 3,00 die Flasche.

# Funkwinkel.

Dem Oratorium Handns „Tobias Heimkehr“, das am Abend den Rundfunkhören gesandt wurde, schickte Dr. Kurt Singer eine ausführliche Einführung voraus, in der er die Entwicklung des Oratoriums von Handel bis Handns darlegte. „Tobias Heimkehr“, ein handnsches Frühwerk, läßt schon alle musikalischen Elemente der späteren Handnschen Oratorien erkennen: Schönheit des Ausdrucks, Innerlichkeit und Klarheit der musikalischen Sprache. Begreiflicherweise steht es an Gefühlsintensität hinter seinem bedeutendsten Oratorium „Der Schöpfung“ noch zurück. Auf jeden Fall aber war es eine verdienstliche Leistung des Berliner Senders, den Funkhörern das Wert in einer sehr gelungenen Aufführung zu vermitteln. — Auch der Nachmittags brachte gute Musikdarbietungen. — Aus dem Berliner Lehrervereinshaus wurde die Pestalozzi-Feier übertragen. Für den erkrankten Minister Dr. Becker verlas Ministerialdirektor Kästner die Ansprache, in der ausgeführt wurde, daß die Pestalozzi-Feiern, die heute überall abgehalten werden, keinen Menschenkult bedeuten, sondern das wir uns damit vor dem Gedanken der Erziehung von innen heraus beugen. Diese Grundforderung ist das Lebensgesetz an Pestalozzis Lehre, mag auch manche Einzelheit ihrer Form heute überlebt sein. Eine Pestalozzis Leben und Wirken ausführlich würdigende Gedächtnisrede hielt Georg Wolff. Die Gesangsbeiträge des Berliner Lehrervereins, die die Veranstaltung umrahmten, kamen leider in der Übertragung nicht recht zur Wirkung.



### Die Frau im Beruf.

Es ist durchaus lobenswert, daß die Berufstätigen mehr und mehr versuchen, direkt zu den Eltern und Schulklassen in Wort und Bild zu sprechen, um ihnen die Vor- und Nachteile der einzelnen Berufsarten vor Augen zu führen. Das Berufsamt Berlin-Süd, das die Bezirke Kreuzberg, Neukölln und Tempelhof umfaßt, hat in den letzten Wochen Fachleute aus fast allen Berufsgruppen zu Wort kommen lassen und den letzten Vortragabend den weiblichen Schulklassen vorbehalten.

Frau Rektor Feuerbad, die über Berufe in der Hauswirtschaft, pflegerische, soziale und Lehrberufe sprach, verstand es ausgezeichnet, in einfachem plaudernden Tone nicht nur die anwesenden Eltern, sondern auch ganz besonders die Kinder zu fesseln. Ein großes Versehen der heutigen wirtschaftlichen Räte, die es den Eltern und Kindern überaus schwer machen, sich für einen bestimmten Beruf zu begeistern, kennzeichnete ihren Vortrag. Und doch ist ein Beruf die beste Kostener, die sorgfältige Eltern ihren Pflichten mit auf den Lebensweg geben können. Man erfährt, daß es doch noch eine ganze Reihe Frauenerufe gibt, die noch nicht allzu sehr überfüllt, ja, zum Teil noch sehr aufnahmefähig sind. Für die Volksschülerin, die an keine sofortige Weiterbildung denken kann, bietet die Hauswirtschaft mannigfache Möglichkeiten, um später vorwärts zu kommen. Die Vortragende denkt dabei an Ausbildung in großen Haushalten, wie Familienheimen, Sanatorien, Landheimen usw., die einem Einzelhaushalt vorzuziehen sind. Die Heil- und Säuglingsgymnastik und der Beruf der Masseurinnen erfordern keine großen Ausbildungskosten. Das Gebiet der Hoflieferanten- und Gesundheitspflege (Kinderärztin, Hortnerin, Säuglingsfürsorgerin, Krankenschwester, Gewerbeaufsichtsbeamtin, Turn-, Schwimm-, Handarbeits- und Berufsschullehrerin) steht der Volksschülerin offen, allerdings muß hier zum Teil eine mehrjährige Ausbildungszeit durchgemacht werden. Mit Recht wandte sich die Referentin gegen die Bestrebungen, die aus dem Handwerk hervorgegangene Berufsschullehrerin nicht mehr zuzulassen. Die Akademisierung gerade dieser Lehrerin, ist durchaus unerwünscht. Das gleiche könnte auch von der Wohlfahrtsprüferin gesagt werden, für die vom nächsten Jahre ab nur noch die höhere Schulbildung zur Teilnahme an den Ausbildungsschulen berechtigen soll. Die Arbeiterschaft hat ein großes Interesse daran, daß gerade auf diesem wichtigen, sozialen Gebiet Volksschülerinnen, die bis zu einem gewissen Alter erwerbstätig waren und vielleicht auch jahrelang ehrenamtlich mit Lust und Liebe mitgearbeitet haben, nach einer entsprechenden Ausbildungszeit als Fürsorgerinnen zugelassen werden. In den höheren Schulen soll jetzt schon ein Mangel an Lehrerinnen bestehen und die Referentin ist der Auffassung, daß bei allem Ueberfluß an Junglehrern, doch bald auch ein Mangel an Lehrerinnen an den Volks-, Gewerbe- und Berufsschulen eintreten werde, weil die heutigen Schulkinderhältnisse auf dem Lande und in den Kleinstädten radikal geändert werden müssen. Mit Recht machte sie die Schulklassen darauf aufmerksam, daß gerade der Beruf des Lehrers Liebe und Herzengüte zu den Schülern voraussetzt.

Die zweite Referentin, Fräulein Dr. Wilhelm, behandelte die Frauenerufe in Handel und Industrie und als Beamtin oder Angestellte im öffentlichen Dienst. Mit großer Offenherzigkeit schilderte sie die heutige Arbeits- und Handelslage, wo der Achtstundentag sehr selten eingehalten wird. Aber gerade das große Ueberangebot an Arbeitskräften trägt viel zu diesen Zuständen bei. Im übrigen wird auch hier eine gute theoretische und praktische Ausbildung im Kantor und Verkauf oder auf einer guten Handelsschule alle, die Liebe und Neigung zu ihrem Beruf mitbringen, zum weiteren Fortkommen helfen. Warnung muß immer wieder werden vor den sogenannten Schnellkursen, die niemals ein umfassendes Wissen vermitteln können. In allen Fragen der Berufsausbildung sollten sich die Eltern vertrauensvoll an ihre Berufsamt wenden, wo unentgeltlich Rat und Hilfe erteilt und Beiratsstellen vermittelt werden.

### Kraftfahrzeugsteuer und Wegeverfall.

#### Die Stellung der Landkreise.

Reichsrat und Steuerauschuß des Reichstags müssen sich in diesen Tagen mit der Neufassung der Zuschläge der Kraftfahrzeugsteuer befassen. In einer Besprechungs-Konferenz, die der Landkreistag einberief, um die Stellungnahme der Landkreise, denen die Wegebaupflichtung zum größten Teile obliegt, bekanntzugeben, referierte Landrat Dr. Konstantin über das obenbezeichnete Thema. Der Zuschlag für das ablaufende Steuerjahr 1926 war auf 25 Proz. festgelegt. Dieser Zuschlag sollte die am 1. April 1926 fortfallende Vorausleistungen für außergewöhnliche Wegebaupflichtung ersetzen. Reichsrat und Steuerauschuß müssen sich entscheiden, ob für das Jahr 1927 dieser Zuschlag bleiben oder sogar erhöht werden muß. Der Landkreistag ist für Beibehaltung dieses Zuschlages. Schon jetzt deckt die Kraftfahrzeugsteuer mit diesem Zuschlag nur ein Drittel der Kosten, die für Wegebaupflichtung ausgegeben werden müssen. In Deutschland müssen 180 000 Kilometer Landstraßen unterhalten werden, davon kosten 50 000 Kilometer, das sind die großen Chausseen, pro Kilometer 4000 M., die anderen Landstraßen 2000 M. pro Kilometer. Insgesamt müssen also 460 Millionen für Wegebaupflichtung aufgebracht werden. Nach Schätzungen wird die Kraftfahrzeugsteuer mit den Zuschlägen 132,5 Millionen Mark betragen. In diese Summe ist aber schon eine Vermehrung der Fahrzeuge von 25 Proz. eingerechnet. Der Landkreistag ist für eine Verringerung der Kraftfahrzeugsteuer. Der Reisende auf der Eisenbahn bezahlt mit seinem Fahrpreis nicht nur die Beförderung, sondern auch die Unterhaltung des Unterbaues. So müssen also auch die Kraftfahrzeuge den Unterbau der Landstraßen bezahlen. Die Kraftfahrzeugsteuer darf nicht aufgebaut werden auf die Motorfahrzeuge, sondern auf die Aufreißung. Es sind Vorschläge gemacht worden, den Zuschlag an Preis oder den

Verbrauch an Benzin zu versteuern, ob diese Art Besteuerung sich durchsetzen wird, ist fraglich.

Die Wegebaupflichtungspflichtigen wehren sich dagegen, daß der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer abgebaut werde. Der Landkreistag hatte der Annahme des Gesetzes die Festsetzung des Zuschlages auf 50 Proz. verlangt. Für die Verminderung der Wegebaupflichtungskosten wäre es notwendig, alle Neuerungen für den Wegebau auszuprobieren. In seinen weiteren Ausführungen wandte sich der Redner dagegen, daß nur große Fernstraßen gebaut werden sollen. Die Autoindustrie geht dazu über, den Klein- und Mittelwagenbau zu fördern. Die kleinen Wagen müssen aber auf jeder Landstraße fahren können. Eine Statistik des Verkehrs hat ergeben, daß selbst auf der Fernstraße Berlin-Hamburg der Verkehr nur stückweise stark ist, daß zum Beispiel hinter Nauener der Verkehr auf dieser Landstraße nicht stärker ist als auf anderen Landstraßen. Es wäre verfehlt, durch die Unterhaltung dieser Fernstraßen größere Mittel auszugeben, die dem gesamten Landstraßennetz entzogen werden müßten.

### Unsere Kreisdelegierten-Versammlungen.

Der 1. Kreis, Berlin-Mitte, hielt am Montag seine diesjährige Kreisdelegiertenversammlung in den Sophienläden ab. Genosse Riese gab den Tätigkeitsbericht des Vorstandes. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist im letzten Geschäftsjahr bedeutend gestiegen. Auch die Wahlziffer der Partei ist von Wahl zu Wahl gestiegen. Genosse Adolf Hoffmann gab den Bericht des Vertreters des Kreises in der Pressekommission. Der Bericht über die Kommunalarbeit ergab, daß die Partei nicht nur in der Bezirksordnungsversammlung wirklich praktische Arbeit leisten konnte, sondern auch in den Kommissionen. So wurden für die Wohlfahrtspflege 36 Genossen und für den Steuerauschuß 60 Genossen zur Mitarbeit herangezogen. In der anschließenden Wahl wurde Genosse Riese zum ersten, Genosse Bernau zum zweiten Vorsitzenden, die Genossen Ruß und Thiemede zu Schriftführern gewählt.

Die Kreisdelegiertenversammlung des 13. Kreises, Treptow, fand am Mittwoch in Oberhönneweide statt. Genosse Becker gab einen kurzen Geschäftsbericht, an den sich eine lebhafteste Diskussion angeschlossen. Die Wahlziffer der Partei im Bezirk ist von 23 Proz. bei den Reichstagswahlen bis auf 32 Proz. bei den Stadtverordnetenwahlen gestiegen. Es wurde dann noch das Ergebnis der letzten Elternratswahl besprochen und von den Rednern gewünscht, daß sich die Partei nach mehr den Schulfragen widmen soll. Die Wahl wurde durch Jurus vorgenommen. Genosse Becker blieb erster, Genosse Rix zweiter Vorsitzender, Genosse Sawowski Kassierer und Genosse Becker Schriftführer.

### Maßnahmen gegen die Wasserdürre.

Die zahlreichen Niederschläge der letzten Zeit haben zu einem äußerst starken Wasserandrang in dem sogenannten „Blumpengraben“, der die Ortsteile Bohnsdorf, Falkenberg und Alt-Glienitz durchfließt, geführt und gleichzeitig ein nicht unerhebliches Ansteigen des Grundwassers in der Umgebung des Grabens hervorgerufen. Sowohl auf Bohnsdorf als auch auf Falkenberger Gebiet ist das Wasser in mehrere Keller eingedrungen. Die seit längerer Zeit in Aussicht genommene Regulierung dieses Grabens zur Besserung der Abflußverhältnisse ist sofort nach Bewilligung der notwendigen Mittel durch den Magistrat vom Bezirksamt Treptow vor etwa zwei Monaten in Angriff genommen worden und wird im Oberlauf des Grabens nach Wegnahme des Arbeitsfortganges vom Bezirksamt Köpenick mit größter Beschleunigung weitergeführt werden. Da das Ansteigen des Grundwassers nicht zuletzt auch auf die vor einiger Zeit erfolgte Stilllegung des Alt-Glienitzer Wasserwerks zurückzuführen ist, hat sich das Bezirksamt Treptow an die städtischen Wasserwerke gewandt, um eine möglichst baldige Wiederinbetriebnahme dieses Werkes durchzusetzen, wodurch eine schnelle und fähigere Abhilfe zu erwarten ist. Diese Wiederinbetriebnahme ist inzwischen erfolgt. Gleichzeitig werden hierdurch die im Gange befindlichen Regulierungsarbeiten, die wegen der derzeitigen schwierigen Wasserverhältnisse stückweise vorgenommen werden müssen, eine wesentliche Beschleunigung erfahren können.

### Ein Frik-Reuter-Bezirk in Neukölln.

Nach Zustimmung des preussischen Staatsministeriums hat der Polizeipräsident die Genehmigung zur Schaffung eines Frik-Reuter-Bezirks in der Siedlung Frik erteilt. Es werden fortan heißen: Die Straßen 189 „Jochen-Rühler-Straße“, 190 „Drehschlingstraße“, 191 „Wales-Löwenthal-Straße“, 192 und 193 „Dankel-Bräsig-Straße“, 194 und 196 „Riningstraße“, 195 „Liningstraße“, 197 „Lewise-Reuter-Ring“, 199 „Dürtenstraße“, 200 „Dankel-Herz-Straße“, 201 „Kambowstraße“, 202 „Havermannstraße“, 203 „Hanne-Rüle“ und der Platz 1 „Hühnung“.

### Einführung Rünfingers in sein Amt.

In der letzten Bezirksversammlung von Spandau wurde Genosse Rünfinger als Stadtrat und stellvertretender Bürgermeister vom Bürgermeister Stritzke eingeführt. Der Bürgermeister gedachte in anerkennenden Worten der bisherigen kommunalen Tätigkeit des Genossen Rünfinger als Stadtverordneter in der alten Stadtverwaltung Spandau, dann als Bezirksverordneter, vier Jahre als unbesoldeter Stadtrat und zuletzt als Bezirksverordneter. In seine Stelle wurde Genosse Benebeck als Vorsteher der Bezirksversammlung gewählt und zwar mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten gegen die Stimmen der freien Vereinigung, die welche Zettel abgaben, und der Kommunisten, die einen eigenen Kandidaten aufgestellt hatten. Die wenigen Punkte der Tagesordnung wurden ohne weitere Debatte in kurzer Zeit erledigt.

Der internationale Jort-Hilfsverband und unser Wille zur Gemeinschaft. Über dieses Thema sprach im Laufe religiöser Sozialisten am Sonnabend, dem 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Herr Herrmann-Reinhold im Großen Gemeindefaal Neukölln, Schulstr. 60. Der Eintritt ist frei.

Kampf dem Mietwucher. Heute, Freitag, den 18. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet im Cecilian-Verein, Rathausstraße, in Lichtenberg eine öffentliche Versammlung zum Thema: „Kampf dem Mietwucher, Protest gegen die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft“ statt. Referent: Landgerichtsrat Gen. Ernst Ruben.

Freie Schulgemeinde Berlin-Diergarten. Die Anmeldungen können von den Erziehungsberechtigten sofort und direkt in den weiblichen Schulen unter Vorlegung des Impfscheines und unter Begleitung des betreffenden Kindes bei den zuständigen Direktoren der Schulen in den festgelegten Sprechstunden stattfinden und müssen spätestens am 28. Februar 1927 vorliegen sein. Die Anmeldung für die weibliche Schule Diergarten, Waldenstraße 20/21, findet bei dem Herrn Rektor der Mädchenschule täglich in der Zeit der Sprechstunden, von 11-12 Uhr, bei dem Rektor der Knabenschule täglich in der Zeit der Sprechstunden, von 12-1 Uhr, statt.

Jugendweiche in Bohnsdorf. Am 27. März, vorm. 10 Uhr, findet die Jugendweiche in Bohnsdorf statt. Anmeldungen erbeten bei Gen. Graul oder Dornow, beide Paradiesstr. 5.

Ein Sechsjähriger. Genosse Richard Oberl, Lichtenberg, Zefingstraße 14, vom Ober-Manns-Quartier begehrt heute seinen sechsjährigen Geburtsdag und sein 36 jähriges Parteijubiläum.

Der Rittmeister Razi Kujanoff und seine Ehefrau Kathilbe, Charlottenburg, Osnabrücker Straße 60, beginnen am 12. Februar das Fest der goldenen Hochzeit. Die Jubilare sind seit Beginn des „Vorwärts“ ununterbrochen Abonnenten.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachtr. verb.). Die Nacht ohne erhebliche Niederschläge. Temperaturen etwas niedriger. — Für Deutschland: Am äußersten Westen mild und ziemlich trocken, sonst Temperaturen um Null und meist wolfig. In Ostpreußen Schnee.

### Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einforderungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

1. Kreis Friedrichshagen. Freitag, 18. Februar, 8 1/2 Uhr, Fortsetzung der außerordentlichen Bezirksversammlung im Rathaus, Stadtverordneten-Sprechsaal. Einlaßkarten ab 6 1/2 Uhr beim Genossen Fischer, Eingang Spandauer Straße.

17. Kreis Tempelhof, Marienbof, Marienfelde, Bismarck. Der Parteienverkauf zum Winterfest am Sonnabend, 19. Februar, im Gesellschaftshaus Groß, Marienbof, Chausseest. 203, hat wegen der belagerten Veranlassungen so stark eingelegt, daß Ueberfüllung zu befürchten ist. Wie mit dem Parteienverkauf betrauten Genossen werden dringend gebeten, die nicht verkauften Karten in der Sitzung des Bildungsausschusses am Freitag, 18. Februar, 6 Uhr, im Lokal Groß, abzugeben. Nicht abgerechnete Karten gelten als verkauft.

14. Kreis Neukölln. Wir fordern alle unsere Genossinnen und Genossen, die Mitglieder des Verbandes für Friedenstempel und Feuerbeziehung sind, auf, die Versammlung heute, Freitag, 18. Februar, im Lokal Karlsruhgarten, Karlsruhgarten, 5-11, und in Falls Neukölln recht zahlreich zu besuchen. Mitgliedsdag ist vorzuziehen.

16. Kreis Köpenick. Heute, Freitag, 18. Februar, 7 1/2 Uhr, im Stadtheater, am Hildebrandplatz, Kreisordinationsversammlung. Vortrag: „Sozialdemokratie und Regierungsbildung.“ Referent: Stadtverordneter Hermann Rempert.

15. Kreis Weihensee. Die Sozialistische Arbeiterjugend veranstaltet heute, Freitag, 18. Februar, 8 Uhr, im Jugendheim Parkstr. 96, einen „Brüderabend“. Vortrag: „Der Arbeiter.“ Wir bitten um recht regen Besuch.

### Heute, Freitag, 18. Februar:

WM. 124. Mollathorff-Bez. 8 Uhr im Lokal Park, Ullrichstr. 15. Ringelbier-Veranstaltung. Vortrag: „Sozialdemokratie und Regierungsbildung.“ Referent: Frau Bendemann, W. 2. U. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Gäste sind herzlich willkommen.

### Morgen, Sonnabend, 19. Februar:

WM. 8 Uhr bei Stricker, Sülzenstr. 14, wichtige Funktionärerkonferenz. Anwesenheit der Abteilungsleiter. Erscheinung sämtlicher Funktionäre unbedingt erforderlich.

WM. 123. Kaulschorff-Bez. Pünktlich 8 Uhr im Lokal Conslau, Kaulsch. 2. Mitglieder-Versammlung. Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen. Gäste willkommen.

### Sonntag, 20. Februar:

- WM. Vormittags 9 1/2 Uhr bei Lubowitz, Schweinender Str. 11, Funktionärerkonferenz mit den Parteisekretären und den Ortsleitern. Erscheinung unbedingt erforderlich.
- WM. Die Mitglieder der kommunalen Kommission treffen sich am Sonntag, 19. Februar, im Lokal des Reichsbundes, Alte Jakobstr. 12, zur Besprechung.
- WM. Funktionärerkonferenz im Raum von 9-1 Uhr beim Genossen Otto Reichert, Wilmersd. Str. 4, in Empfang genommen werden gegen Rückgabe der alten Karten. — Die Bezirksleiter haben am Sonntag bei dem Abteilungsleiter Otto Reichert, Wilmersd. Str. 4, von 9-1 Uhr unbedingt abzurechnen; auch die Bezirksleiter, welche im Januar nicht abgerechnet haben, müssen erscheinen.

11. WM. Pünktlich 6 Uhr bei Berger, Zechowstr. 21, Bruderabend. Anschließend gemütliches Beisammensein. Gäste, durch Parteigenossen eingeführt, sind herzlich willkommen. Auch für arbeitende Mitglieder ist gefordert.

WM. Neukölln. Großes Frühjahrsfest nachmittags 4 Uhr im Weiden Hof, Brück, Chausseest. 97. Konzert, Tanz, Besetzung, Gesangs-, Uebungsgruppen usw. Mitwirkung des Neuköllner Reichsbanner-Landschafts. Um zahlreichem Besuch wird gebeten.

### Frauenveranstaltungen!

101. WM. Kropfm. Heute, Freitag, 18. Februar, 7 1/2 Uhr, bei Glanzen, Oranienstr. 1, Kurios: „Die proletarische Frau.“ Referentin: Kathilbe Dorn, W. 2. R.

### Jungsozialisten. Heute, Freitag, 18. Februar:

Gruppe Wedding-Gesundbrunn: 7 1/2 Uhr im Jugendheim des Schützenklubs am Brunnenplatz, Eingang Dönhofstr. 10. Arbeitstag: „Sozialistische Erziehung.“ Referent: Irma Redwan. Pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig. — Gruppe Mitte: 8 Uhr in der Schule Gipsstr. 13. Vortrag: „Biologie in der Technik.“ Referent: Richard Linde.

Genosse Engelbert Graf spricht am Sonnabend, 19. Februar, 7 1/2 Uhr, in der Aula des Friedrich-Realgymnasiums, Ritterwalder Str. 44-47 (Untergrundbahnhof Charlottenburg). Alle Genossen beteiligen sich daran, ebenso die Sozialistische Arbeiterjugend. Gäste sind herzlich willkommen.

**Sport** erfordert gute Nerven. Coffein schädigt die Nerven. Für Sporttreibende ist das Beste der coffeinfreie Kaffee Hag (reiner Bohnenkaffee) ausgezeichnet durch edelstes Aroma und feinsten Geschmack.







# Klassenkampf!

Wäre er nicht da, man müßte ihn erfinden!

Sie führen ihn beide, den Klassenkampf: die Träger des in Unternehmungen investierten Kapitals und die Träger der zur Bewertung geeigneten Geistes- und Körperkraft. Die organisierte Arbeiterschaft steht zu ihm als einem Programm. Die organisierte Unternehmerschaft aber, obwohl sie ihn selbst führt, will ihn nicht begreifen. So, sie macht Geschäfte mit ihm gegen die Arbeiterschaft, indem sie der demokratischen Öffentlichkeit vor dem Klassenkampf grüßlich macht in einer Republik, in der die organisierte Arbeiterschaft endlich den Boden und die Möglichkeit zur Mitbestimmung gefunden hat. Als Dr. Silberberg im September in Dresden seine große Rede hielt, machte er die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie von der Preisgabe des Klassenkampfes abhängig. Wo man vernünftigen Arbeitgebern begegnet, da begreifen sie, daß die Arbeiterschaft ihr kulturelles Lebensniveau erhöhen will, aber sie fragen: was soll der Klassenkampf! Wer in einer demokratischen Republik die öffentliche Meinung für sich hat, hat viel, hat mehr als den halben Sieg. So muß die Arbeiterschaft auch um die öffentliche Meinung ringen, um ihr die Selbstverständlichkeit und Notwendigkeit des Klassenkampfes im kapitalistischen System begrifflich zu machen, solange bis sie begriffen wird, und das soll auch hier geschehen. Es soll nicht mit historischen, philosophischen, moralischen Argumenten geschehen, sondern in der nackten Sprache des Interesses, die kein Ausweichen erlaubt und jeder begreifen muß.

### „Produktive und unproduktive“ Kosten.

Wo Kapital in einer Unternehmung steckt, da zahlt der Unternehmer oder die Unternehmung Löhne und Gehälter; möglichst niedrige und möglichst wenig Gehälter. Nicht nur in der Gesamtsumme, das könnte vernünftig sein, sondern pro Kopf. Und was der Unternehmer an Löhnen und Gehältern zahlt, für ihn sind es „unproduktive Kosten“: unproduktiv mit Rücksicht auf das Ziel der Unternehmung, Reingewinne zu machen, Dividenden und Reserven zu bilden, die möglichst hoch sein sollen. Produktiv scheint den Unternehmern das Kapital, das in den Grundstücken, Gebäuden, Maschinen, Wägen, verwendeten Rohstoffen, Patenten, Geschäftsverbindungen usw. angelegt ist, weil es ihr Kapital ist. Dasselbe gilt für die sozialen Lasten, jene Lasten, die der Erhaltung und Stärkung der Arbeitskraft dienen sollen, die die Unternehmer mit ihrer Belegschaft zusammen bezahlen, dem Unternehmer vom Bruttoertrag abgehen und den Belegschaften auf dem Umwege über den Staat zumachen. Aber was den Unternehmern hier unproduktiv erscheint, auf dem Markt, im Kreislaufprozess der Volkswirtschaft sind diese „unproduktiven“ Löhne, Gehälter und Sozialkosten die einzige eigentliche Absatzbasis, die die kapitalistische Unternehmung finden kann. Denn selbst das, was der Unternehmer oder Aktionär auf dem Markt aus Gewinnen für seinen Haushalt einkauft, ist in Liebespreisen verlängerter Aufschlag auf die produzierte Ware, und in diesem Sinne aus den Löhnen und Gehältern der Arbeiter bezahlt. Und nur wo der Unternehmer zugleich Käufer ist, ist ein Teil seiner Gewinne wirklich produktiv. Was aber den kapitalistischen Unternehmer allein produktiv scheint, die neugebildeten Reserven und die nicht verrechneten Dividenden und Rentenzinsen, sie sind der Quell für kapitalisierende Kräfte und Despotismen, sobald sie neu angelegt werden und die neu erzeugten Waren mit Gewalt in den zu engen Markt hineingepreßt werden müssen. Was dem Unternehmer wirtschaftsufbauend dünkt, die Reubildung von Kapital, ist der Volkswirtschaft wirtschaftszerstörend, wenn nicht eine Kraft da ist, die dieser Zerführung entgegenwirkt.

Diese Kraft aber ist der Klassenkampf der organisierten Arbeiterschaft, die allein durch ihren Kampf um höhere Löhne und Gehälter, um Staatsbeiträge zur Erhaltung und Stärkung der Arbeitskraft, um den Schutz gegen den Raubbau an ihr den Widerspruch zwischen privatwirtschaftlicher Rentabilität und volkswirtschaftlicher Produktivität zu lösen vermag.

### Produktive Steuerpolitik.

Die Unternehmer zahlen Steuern. Die Unternehmerklasse trachtet, selbst möglichst wenig zu zahlen und möglichst viel auf die Träger der Arbeitskraft überzuwälzen. Die beliebteste Form der Abwälzung ist die der Verbrauchssteuern und der Zölle. Und das Unternehmertum hat es am liebsten, wenn von allen an Staat und Gemeinden gezahlten Steuern wieder möglichst viel in die „Wirtschaft“ zurückfließt; das erachtet man als wahrhaft produktiv. Die Unternehmerklasse sieht nicht, daß es vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit allein zusammenschaut und wirklich produktiv wäre, wenn die Privatwirtschaft von vornherein sämtliche Steuern bezahlte, und wenn die Steuern dann wirklich zweckmäßig verwendet werden sollen, sich dagegen wehrte, daß irgendetwas von diesen Steuern wieder in die Betriebe zurückfließt. Denn alles, was zurückfließen kann, ist ja nur mit den falschen Kosten der Steuererhebung und der Staatsverwaltung neu belastet worden, die dazwischen liegen. Was auf der anderen Seite der Arbeiter, der Angestellte und Beamte an Steuern zahlt, das gibt er weniger aus, und das fehlt der Privatwirtschaft am Abfall, wenn sie auf den Markt hinausströmt, um zu verkaufen. Die Erhebung der Steuern an tausend Stellen und „Quellen“ kostet unnützes Geld, verleiern in Wahrheit alles Produzieren. Aber die Rentabilitätsucht des Privatunternehmers verhindert diese Einsicht; und durch die Steuererhebung an tausend Quellen, die Überlastung auf andere Schultern wird die Produktivität in der Gesamtwirtschaft ebenso geschwächt, wie die Rentabilität scheinbar steigt. Nun kämpft aber die Arbeiterschaft gegen indirekte Steuern und Zölle. Und sie kämpft damit nur für einen größeren Abfall der Industrie und für eine wirtschaftlichere Bewertung von Kapital und Arbeitskraft. Sie kämpft für die stärkere Heranziehung des Befehrs für alle Steuerlasten; damit kämpft sie für die Erparung unnützer Erhebungs-, Verwaltungs- und Staatskosten. Dasselbe tut sie in ihrem Kampf gegen die Zurückführung erhobener Steuern in jeder Form in die Privatwirtschaft, und auch hier zur Ersparnis vermeidbarer, durchaus überflüssiger Leistungskosten im Staate. Dieser Steuerkampf der Arbeiterschaft aber ist Klassenkampf und die Privatwirtschaft mühte an falschen Leistungskosten im Staate ersinden, wenn die Arbeiterschaft diesen Kampf nicht führt.

### Der Kampf um die Arbeitszeit.

Die Unternehmerschaft will auch eine möglichst lange Arbeitszeit. Und auch um diese geht der Kampf der Klassen. Die niedrige Ge-

samtentlohnung, die der Unternehmer bei längerer Arbeitszeit erhofft, sie geht auf Kosten der intensiven Betriebsausnutzung, weil sie den Abfall schwächt, den die mehrproduzierten Waren bei kürzerer intensiverer Arbeitnutzung und höheren Löhnen finden könnten. Nimmt man zu acht Stunden höchst effizienter Arbeitsleistung zwei Stunden Zusatz effizient, so kommen nicht zehn Stunden, sondern vielleicht neun Stunden höchst effizient heraus. In der zehnten Betriebsstunde aber wachsen alle Kosten im Betriebe progressiv, weil die Arbeitsintensität sinkt. Zwei Zwölfstundenstunden haben nicht den Wert des Höchsteffektes von drei Achtstundenschichten. In beiden Fällen ist der scheinbar gesparte Lohn auf anderen Konten der Betriebsrechnung eine unproduktive Belastung, die sich nach um den Abfallausfall verstärkt, wenn die Waren auf dem Markt verkauft werden sollen, so daß im Endergebnis die Rentabilität des investierten Kapitals sinkt, statt daß sie steigen könnte. In der gesamten Volkswirtschaft aber müssen durch die Ueberstundenarbeit und durch das zweischichtigenstem Arbeitslose umsonst unterhalten und investierte Kapitalien entweder beschäftigungslos selern oder auf dem Umwege über Kartelle und Verbände nutzlos und zum Schaden des zukünftigen Abfahrs verzinst werden. Es mag sein, daß von sich aus mancher Unternehmer diese unsinnige Verschwendungswirtschaft einseht. Aber im kapitalistischen System kann kein Unternehmer von sich aus ohne weiteres vernünftigen Prinzipien dienen, wenn er nicht, zusammen mit seinen Konkurrenten, dazu gezwungen wird. Vielen Zwang aber kann niemand ausüben als die organisierte Arbeiterschaft. Es ist ihr Kampf um kurze Arbeitszeit gegenüber Ueberstunden und für das Dreischichtensystem, der allein der gesamten Privatwirtschaft den Höchsteffekt intensiverer Arbeitnutzung in der kürzesten Zeit zu sichern und den technischen Fortschritt zu erzwingen vermag.

### Produktive Handelspolitik.

Die Unternehmer verkaufen Waren ins Ausland, sie exportieren Arbeit der eigenen Volkswirtschaft, und sie kaufen Waren vom Ausland, sie importieren Arbeit fremder Volkswirtschaften. Die Völker tauschen Rohstoffe, d. h. im Sinne der Privatwirtschaft Kapital, und Fertigwaren, d. h. im Sinne der Privatwirtschaft Abgabegenheiten aus. Die Völker müssen das, weil sie nicht alles haben, was sie brauchen, weil sie vieles teurer herstellen als es wo anders hergestellt werden kann. Es müßte selbstverständlich sein, daß man für diesen Tausch der Völker nur die billigsten Kosten wählt. Aber auch hier ist die privatwirtschaftliche Rentabilität des Kapitals der Feind der volkswirtschaftlichen Produktivität. Ließe man die Unternehmerklasse frei walten — das beweisen die letzten Jahrzehnte —, so tauschen die Völker auf dem Umwege über Zollmauern, Dumpingpreise und Zolltrüge nur zu den höchsten Kosten. Wiederrum ist es nur der Kampf der organisierten Arbeiterschaft um den freien Verkehr der Völker, der die Mauern der falschen Kosten, die die nationale Kapitalrente zwischen den Völkern aufrichtet, niederzureißen vermag. Auch dieser Kampf der Arbeiterklasse richtet sich scheinbar gegen die nationale „Produktivität“, wo ihm der „Schutz der nationalen Arbeit“ demagogisch entgegengestellt wird. Er muß sich bemühen gegen den kurzfristigen Lohngewinn der Unternehmer richten, er muß die Einheit des Erzeugens und Verbrauchens in der Welt, die da sein sollte, und die allein den höchsten Effekt der Arbeits- und Kapitalanwendung zu sichern vermöchte, trotz der nationalen Grenzen herzustellen suchen.

### Die Probleme der deutschen Gegenwart.

Als eine tragische Notwendigkeit müßte der Klassenkampf erscheinen, wenn man ihn nur unter dem Gesichtspunkt des persönlichen Klassenkampfes zu jeder vermöchte, der aber nur eine äußere und vorübergehende Form und dazu noch eine unwichtige und entbehrliche ist. Was hier aber tragisch erscheint, ist Ausdruck einer bitteren Notwendigkeit: das kapitalistische System kann, solange es bestehen wird, sein inneres Gleichgewicht nie aufrecht erhalten und die Form der höchsten Wirtschaftlichkeit nie erreichen, wenn der Klassenkampf dieses Gleichgewicht nicht löst und nicht den höchsten Ausmaß der Kapital- und Arbeitsverwendung erzwingt. Wäre der Klassenkampf nicht da, er müßte heute und morgen, solange das kapitalistische System besteht, von den Kapitalisten selbst erfinden werden, soll die Kultur des Geistes, die mit dem organisatorischen Kapitalismus in Europa möglich geworden ist, nicht elend zugrunde gehen, wie alle vergangenen Kulturen, die ihr Ziel nicht in der bewußten Organisation der Notwendigkeiten der Völker erblickten durften.

Auch für den gegenwärtigen Augenblick sind Deutschland Schicksalsfragen gestellt, die nur durch den bewußten, klar auf die Gesundung der Gesamtwirtschaft und auf die Erzielung der höchsten Wirtschaftlichkeit bedachten Klassenkampf der Arbeiterschaft zu lösen sind. Die von der Industrie erzielten Rationalisierungsgewinne müssen durch Lohn- und Gehaltskämpfe in Kaufkraft zurückgewandelt werden, d. h. in Mehrlohn und Mehrbeschäftigung, wenn die gegenwärtige Rationalisierungsgriffe des Arbeitsmarktes überwunden werden soll. Zwei Millionen Arbeitsloser in deutschen Straßen sind falsche Kosten auf dem Untostkonto der arbeitenden Betriebe und in den Haushalten tätiger Belegschaften. Sie müssen in Brot gebracht werden durch die Befestigung der Ueberstunden, Ueberstunden und Doppelschichten, weil dadurch allein den Betrieben die Höchstleistung, dem investierten Kapital und der angelegten Arbeit der höchste Ruhezustand möglich ist. Der Kampf um die Mieten darf nicht zu gesteigerter Rente der Hausbesitzer führen, weil neue Wohnungen vom Privateigentum nicht gebaut werden, wenn der zahlungsfähige Mieter fehlt und weil die neuverworbene Hausbesitzerrente auf die Börsen oder ins Ausland fließen muß, wo jene Gewinne locken, die der Mangel an zahlungsfähigen Mietern verlangt. Auch kämpft das Privateigentum mit voller Wucht gegen die Gewerbesteuer der Kommunen, aber die Arbeiterschaft muß den Kapitalisten sagen, daß sich in den Gewerbesteuern die Subventionen und sonstigen Steuererleichterungen, die sich die Privatwirtschaft in der Vergangenheit vom Staate hat zuführen lassen. Die Arbeiterschaft muß um ihre Steuerentlastung kämpfen, um den Staat und die Gemeinden ihre Aufgaben in der wirtschaftlichsten Form erfüllen lassen, die Privatwirtschaft zu der wirtschaftlichsten Form der Inanspruchnahme der Staats- und Gemeindegeldleistungen zwingen zu können. In den Zoll- und Handelsvertragsfragen ist es der

Klassenkampf der Arbeiterschaft, der der Volkswirtschaft mit dem billigsten Verkauf ins Ausland den billigsten Einkauf im Ausland sicherstellen muß, mit dem größten Umfang des Kapital- und Kaufkraftaustausches den größten Effekt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Völker.

So ist es das höchste volkswirtschaftliche Interesse selbst, das die organisierte Arbeiterschaft mit ihrem Klassenkampf zu sichern hat und sichern muß. Es ist nicht mehr und nicht weniger als eine Funktion des kapitalistischen Systems, die die Arbeiterschaft mit ihrem Klassenkampf erfüllt. In der demokratischen Republik, in hochkapitalistischen Verhältnissen ist diese Aufgabe nicht in staatsnegierender Opposition zu führen. Ob nun in parlamentarischer Opposition oder in der Regierung, dieser Kampf muß aktiv geführt werden, und wo dieser Kampf von den Unternehmern vor der demokratischen Öffentlichkeit als staats- und wirtschaftsfeindlich gebrandmarkt ist, begeht die Unternehmerklasse an dem wahren volkswirtschaftlichen Interesse und an der Öffentlichkeit bewußt oder unbewußt ein Verbrechen.

### Internationale Unternehmerverständigung.

#### Tagung der internationalen Handelskammer.

Die internationalen Kongresse der Handelskammern, die vor dem Kriege in zwangloser Folge stattfanden, sind seit 1919 durch eine ständige Organisation ersetzt worden. Der Beitritt Deutschlands erfolgte im Herbst 1925. Die „Deutsche Gruppe“, der sechs Spitzenverbände des Unternehmertums als Gründer, sowie sonstige Wirtschaftsverbände und einzelne Unternehmungen angehören, hielt gestern in Berlin ihre erste konstituierende Mitgliederversammlung ab.

Einleitend sprachen F. v. Wendelsjohn (Berliner Handelskammer) und Reichswirtschaftsminister Curtius, der besonders die wertvolle Arbeit der Organisation für die Weltwirtschaftskongresse hervorhob. Danach berichtete Sir Arthur Balfour, der Leiter des englischen Enquete-Ausschusses, über die Wirtschaftslage Englands. Auf diesen bemerkenswerten Vortrag, der einen tiefen Eindruck in die Mentalität englischer Wirtschaftsführer gesteuert, kommen wir jedenfalls noch zurück. Endlich berichtete der frühere Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm, Präsident des deutschen Industrie- und Handelstags, über die Tätigkeit der Internationalen Handelskammer seit dem Hinzutritt der deutschen Gruppe. Ergänzend referierte Dr. Bücher (Reichsverband der deutschen Industrie) und Direktor Dr. Weigelt (Deutsche Bank) über die Arbeiten ihrer Sonderausschüsse, die sich mit der Aufstellung international vergleichender Handelsbilanzen aller Länder und mit der Festlegung internationaler Verkehrs- und Rechtsnormen in der Handelsluftfahrt beschäftigen.

Die ständige enge Zusammenarbeit des internationalen Unternehmertums, wie sie in der Internationalen Handelskammer vorliegt, ist aus dem Druß der Verhältnisse heraus erwachsen, die der „Wirtschaft“ einbringlich genug die Tatsache der internationalen Verbundenheit und der Notwendigkeit enger Zusammenarbeit vor Augen geführt haben. Im Gegensatz zu den immer politisch abhängigen Organisationen des Völkerbundes sieht hier die Unternehmerschaft gewissermaßen unter sich; die Verständigung ist also schneller und leichter möglich. Aus der internationalen Gemeinschaftsarbeit heraus hat sich schon jetzt eine Art Ideologie der Wirtschaftsverständigung entwickelt, die freilich nicht so weit geht, wie die politisch gefärbten paneuropäischen Gedanken. Wir begrüßen diese Entwicklung, die auch geeignet ist, der deutschen Unternehmerschaft einen weiteren Horizont zu geben.

Aber man muß sich auch darüber klar sein, daß die internationale wirtschaftliche Vereinheitlichung, die in einem solchen Kreise geschaffen werden kann, immer nur einseitig privatkapitalistisch sein wird, und daß erfolgreiche, der Gesamtheit der Völker dienende Gemeinschaftsarbeit nur unter dem fördernden Druß der Arbeiterklasse und unter deren tatkräftiger Kontrolle erfolgen kann.

#### Erste der Hypothekendarlehen.

Von der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekendarlehen, in der bekanntlich 8 der bedeutendsten norddeutschen Hypothekendarlehenvereine zusammengeschlossen sind, und die praktisch immer mehr als eine einheitliche Unternehmung wirksam wird, liegen jetzt für das Jahr 1926 die rohen Gewinnziffern vor. Danach haben die acht Hypothekendarlehen im vergangenen Jahre auf das von 30,45 auf 44,00 erhöhte gesamte Aktienkapital einen Gesamtverdienst von 6,75 Millionen zu verzeichnen. Der Gewinn der Gruppe hat sich somit von 1,40 Millionen im Jahre 1924 auf 4,23 Millionen im Jahre 1925 und auf 6,75 Millionen im Jahre 1926 erhöht. Das Tempo der Gewinnsteigerung ist ein deutliches Zeichen für das Ausmaß, in welchem die deutschen Hypothekendarlehen von dem ganz unerwartet schnellen Wiederaufbau des deutschen Realcredits profitiert haben. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß ein sehr großer Teil der Gewinne des vergangenen Jahres in den Gewinnziffern nicht ausgewiesen wird, sondern als stille Rücklage referiert wird. Inwiefern die nachstehenden Bilanzen die Höhe dieser stillen Reserven erkennen lassen werden, steht dahin. Jedenfalls dürften sie, da das Hypothekendarlehen eine noch härtere Entwicklung genommen hat, als das Geschäft der Kreditbanken, sehr beträchtlich sein. Die Gemeinschaftsgruppe wird für das vergangene Jahr mit 8 Proz. dieselbe Dividende verteilen, wie für das Jahr 1925, geht also schon jetzt zur Stabilisierung ihrer Dividendenauszahlung über.

Ein großer Stromlieferungsvertrag zwischen den Elektrowerken und dem Elektrizitätswerk Schlesien A.-G. Zwischen dem dem Reich gehörigen Elektrowerken und dem Elektrizitätswerk Schlesien ist ein neuer Stromlieferungsvertrag zustande gekommen, der die Lieferung von einer beträchtlichen Strommenge von dem Trattenborfer Werk an das Tschornitzer Werk, das dem Elektrizitätswerk Schlesien gehört, vorläuft. Die Stromlieferung soll im Jahre 1928 aufgenommen werden und gilt nach dem Vertrage vorläufig auf 15 Jahre. Die zur Durchführung des Vertrages notwendige Starkstromleitung ist bereits von dem Trattenborfer Werk der Elektrowerke bis Bunzlau für eine Spannung von 100.000 Volt fertiggestellt und muß nunmehr noch von Bunzlau bis Tschornitz verlängert werden. Auf diese Weise wird das mitteldeutsche Braunkohlerevier mit dem niederschlesischen Steinkohle-

**Palmin** Unerreicht an Fettgehalt, Reinheit u. Güte ist Palmin, das reine Cocos-Speisefett. Nurecht in der Packung mit dem roten Streifen u. dem Namenszug Dr. Feilbach







## Sterbende Erde.

Klinge, Klinge, Reim,  
Nicht schüttelt Todesseim.  
Wer nirgends seine Heimat hat,  
Der hat nur schlechte Lagerstatt,  
Und findet nimmer heim.

Sing's und sag's der Nacht:  
Wir haben's weit gebracht.  
Der Mantel klappt, der Siefel schreit,  
Wir gingen viel zu lang und weit,  
Und keine Türe lacht.

Menschenherz im Schnee,  
Verzude und vergeh'.  
Der Weg verweht, die Welt verweht,  
Und wenn kein Stern dort oben steht,  
Dann gab es auch kein Weh.

Du Bers in Todespein,  
Und wolltest Leben sein.  
Die Welt und du sind weicher Fall,  
In Fernen weint ein Glockenschall.  
Dort schläft wohl Erde ein.

Franz Rothensfelder.

## „Nur ein Dienstmädchen...“

Von Max Dortu.

Nachts. Es geht auf zwei Uhr. Schläft die Stadt? Zum Teil. Die Hochöfen schlafen nicht, sie klammern wiebend auf zum dunklen Himmel! Güterzüge rollen. Im Stahlwerk prasselt Eisen auf Eisen. Und in den Walzwerken zischt das rote Metall unterm Druck der hydraulischen Pressen.

Nachts. Im Herrenquartier der Stadt. Billa bei Villa. Alle Willen schlafen, den kalten Schlaf der Wohlgenährten. Dort am Straßeneck brennt aber noch helles Licht. Das ist die Weinstube, ein Luxusheim, die Luftschicht: „Gisela's Weinstuben“.

In „Gisela's Weinstuben“ geht es noch recht lebhaft zu. Frau Gisela selbst geht herum, nachts um zwei, sie trägt hierhin und dorthin die gläsernen Rebstöcke, in denen die goldene Traube des Rheins blüht: Funkeleider Ahmannshäuser!

Der Stammtisch. Ein Strauß Kelten mitten auf dem Tisch, Kelten rot und Kelten weiß, Kelten von der Riviera. Und neben den Kelten ein seidenes Fächchen an goldener Stange: schwarzweißrot! Und um den Stammtisch herum acht Herren, viele davon sehr fett: Großindustrielle; und die anderen vier Herren sehr mager, Kasse, Kriegsoffiziere o. D. Lebend vom Gebe der Republik, heute ist der 4. des Monats, gestern gab's Geld. Frau Gisela, bitte, lassen Sie den Herren Offizieren nochmal die grünen gläsernen Rebstöcke blühen, daß man anstöße auf die Majestäten in Doorn!

Biel Rauch im Saal. Das Licht mit gelber Seide verhängt. Ein dumpfes Stimmengeräusch, gedämpftes Sprechen, wie es sich für Angehörige der besseren Stände gehört. Frau Gisela, bitte, dahinter bei den Herren Studenten sind Gläser leer. Schon ist Gisela da, mit einem scharmanten Lächeln bedient sie die schmissigen Jünglinge. Einer küßt der Gisela die weiße Hand, direkt auf die Nase des Ringes, eine Rose aus funkelnden Brillanten. Frau Gisela's Brüste erröten, sie ist erst achtundzwanzig, ihr Gatte soll sich zu Tode.

Immer der Stammtisch. Die Herren haben blaue Köpfe, die Gläser sind wie Rinde über blauem Wasser. Die Herren haben goldene Zähne. Die Industriellen haben dicke rote Wehgerhände. Die Offiziere haben ruffige Kristallstrahlenhände, unter den Nägeln blutleuchtig: Verdun, Arras, Chemin des Dames!

Am Stammtisch ward es geil. Frau Gisela hört nicht mehr hin. Am Stammtisch redet man von „Weibern“. Weiber in Flandern, Mädchen in Polen, Kokotten in Bukarest, Tanzmädchen vom Zirkus — — und so! Man weiß ja.

Da räuspert sich Herr Oberst von Püttwih, ein tiefes klassisches Räuspern, vor dem in der Stille der Erbonnanz zitterten. Herr Oberst hat was Besonderes auf dem Herzen, sein Herz knarrt schon: Achah! Herr Oberst hat das schnarrende Wort.

So: Von „Weibern“, ja! ja! ja! Über von einem besonderen Weibe will ich erzählen. Von der Klara. Von dem Dienstmädchen. Sie haben wohl in der Zeitung deren Tod gelesen, nichts Besonderes, ein Fall wie er täglich tausendfach vorkommt, ein Mädchen liebt, ein Jüngling von Stand verlag sich, das Mädchen geht ins Wasser. Ja! ja! ja! Klara hieß sie. Sie war vom Bode. Treues Bauernblut. Nicht blond — nicht rot. Goldig war das Haar! Die Augen spalten, wie Wandfingerring an Balkenlüssen — ja! ja! ja! Frau Gisela, bitte, lassen Sie dem Herrn Oberst den Rebstock nochmal goldig blühen. — Prost!

Also Klara. Wie sie war? Schlank wie eine Birke. Sie war bei uns schon ein halbes Jahr in Dienst. Sie war ein schönes Mädchen, ich hatte ähnliche in Flandern — hm! die Herren verstehen — gesehen! gesehen! gesehen! Jawohl!

Also Klara ist schön. Klara lacht, pudt, schlägt Leppiche und geht Sonntags aus. Klara war schön. Ich ward rot, wenn ich sie sah. Meins Frau ward ärgerlich, wenn ich rot ward. Sie verstehen. Ja! ja! ja!

Kun, man ist Offizier, man kann sich die Liebe verdienen, man hat Disziplin — aber Klara blieb Klara. Ein Birkenbaum in meinem Hause, mit goldenem Haar, dahinter die opalen Wollen der Wandfingerringe. Ich träumte von Klara. Sie verstehen, man ist raffig, trotz seiner Leppich.

Da kam Edgar ins Haus, mein Vetter, von der Unioersität, von den Bonner Vorlesern — hm! Sie folgen? Ein flotter Bursch, den Geschmack des Baters — Klara liebt ihn, sie verliebt sich in ihn — und der Bursch greift zu. Schade, daß Klara ein Dienstmädchen war, nur ein Dienstmädchen, wirklich schade! Jetzt ist sie tot.

Loi? Sie werden schwarz, meine Herren. Sie trauern? Gewiß, es war schrecklich. Man fand Klara im See, schon ein bißchen verwest, die Ratten hatten das einst liebliche Gesicht angegriffen. Edgar wollte sich erschließen, ich schickte ihn nach Spanien, daß sich sein Blut austobe, Palago, Granada und so. Ja! ja! ja! Kofei'ne Stange Geld.

Und wie denn? Der Junge hatte fest zugegriffen, Klara ging von ihm schwanger — war nicht schlimm. Ich hätte bezahlt. Sie aber verlangte die Ehe. Das ging nicht. Es hätte Standa gegeben. Denken Sie: Ein Püttwih mit einer Bauerndirne! Unmöglich. Aber schön war sie doch. Und stolz. Sie verließ, pöbelstolz, sie streckte die Hände nach Adelsblut. Aber wir müssen die Führung rein halten, das sind wir dem Vaterlande schuldig. Ist so schon genug Böbelschaft am Regieren. — Frau Gisela, bitte, der Rebstock will nochmals blühen. — Prost! — Der Kuckuck schlägt dreie.

Hier kommt der Schupmann. Er steht stramm: „Die Herren verzeihen, Feierabend!“ — Disziplin muß sein, wir gehen. Das Lokal leert sich. Frau Gisela geht schlafen, sie wird träumen vom Händeluh, sie ist erst achtundzwanzig.

Alle Herren schlafen jetzt. Früh um vier. Die ersten Fernzüge donnern über die Bahnstrecke. Die Hochöfen flammen! Die Walzwerke pressen die glühenden Stahlblöcke platt, Funken sprühen. Arbeitende Menschen wischen sich den Schweiß von den roten Stirnen. Im Dome kühlt ein erstes Glöcklein. Am Friedhofe blänkert ein Marmorstein, drauf steht golden: „Klara!“ Herr Oberst von Püttwih lieh sich nicht lumpen. Er hat den Stein bezahlt. Klara war schön. Schade! daß sie nur ein Dienstmädchen war. Ja! ja! ja!

## Offenes Antwortschreiben des Reichskanzlers Marx an den Landarbeiter Grasse.



Lieber Freund!

Wenn Herr v. d. Offen, der politische Freund meines hochgeschätzten Ministerkollegen Keudell, Sie aus Ihrem Arbeitsverhältnis entließ, weil Sie bei der Reichspräsidentenwahl für mich stimmten, so ist mir im Bereich der Möglichkeit zu liegen, daß Herr v. d. Offen in wohlverstandenerm Patriotismus verständliche und verständige Rücksichten auf die polnische Landarbeiterschaft nahm, die zu beschleunigen durchaus im Interesse einer Besserung der Verhältnisse des Reichs zu Polen lag.

Wenn Sie infolge der Maßregelung Ihre Arbeit zu veräußern sich genötigt sahen, und wenn Herr v. d. Offen Ihnen sagte, Sie könnten sich ja von mir die Arbeit wiedergeben lassen, so ist zu bemerken, daß Herr v. d. Offen eine Disposition sowohl über die etatsmäßigen Mittel des Reichspräsidenten, als auch über meine privaten Einkünfte allerdings nicht zustand, womit der Fall gegenstandslos geworden sein dürfte.

Ihr Ersuchen schließlich, ich möchte dafür Sorge tragen, daß die politischen Freunde meines hochgeschätzten Kollegen Keudell sich in der deutschen Republik wie anständige Menschen betragen, ist ein Verlangen, dem zu entsprechen in Anbetracht der von mir geleiteten Politik des Kabinetts nicht in der Lage zu sein mit republikanischem Gruß lebhaft bedauert.

Ihr Wilhelm Marx.

## Die Schlacht am Grauen Kloster.

Von Adolph Hoffmann.

Gern gehe ich durch die Klosterstraße am Grauen Kloster vorüber.

Es geschieht sehr oft, denn ich liebe sie, „meine Singuhr“, ja wohl, „meine Singuhr“. Erstens bin ich von meinem vierten Monat an bis zum neunten Jahre in der Sieberstraße, damals hieß sie noch Gasse, v e r z o g e n worden.

Außer den Straßenschildern ist auch darin nichts verändert. Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ist das Haus Nummer 8 neugebaut, später Nummer 16. Sonst ist alles übrige unverändert geblieben.

Nur eine Veränderung am Grauen Kloster erweckt jedesmal mein Mißfallen, und zeigt mir immer von neuem die Ungerechtigkeiten unserer Zeit.

Am Grauen Kloster hat man 1895 eine Tafel angebracht, die verkündet, daß Otto von Bismarck 1830—1832 dort die Schulbänke besetzt hat. Das mag ja wichtig für die Nachwelt sein, aber ist es denn etwa weniger wichtig, daß ich dort am Grauen Kloster gegen die Schüler desselben die erste Schlacht kommandiert und gewonnen habe?

Warum verkündet das nicht eine Gedenktafel? Ich kann nur annehmen, daß diese Begebenheit dem hohen Magistrat bisher nicht bekannt war und deshalb will ich sie jetzt erzählen.

Also! Ich war erst acht Jahre alt. Der Krieg 1866 war beendet. Wilhelm der „Siegreiche“ war an der Spitze seiner Truppen in Berlin eingezogen, d. h. eigentlich war er gar nicht der Sieger, denn unter Wehr, Herr Kreidebrink, aus der Gemeindefchule in der Klosterstraße gegenüber „meiner Singuhr“ — wo jetzt das Stadthaus steht — hatte uns stolz mehr denn einmal erzählt, daß die Sieger von Königgrätz die Bismarckalleen seien.

Wir Achtejährigen konnten uns das nicht so recht vorstellen, denn wir bewunderten damals, wenn auch mit heiligem Grauen, an den Wehrern nur das Talent, den Hochruf zu schwingen. Und daß bevor der Feind Angst haben sollte, konnten wir nicht recht begreifen.

Aber darauf kam es nicht an. Die Hauptsache war für uns Jungens, daß der Lehrer von Schlachten und Heldentaten so anschaulich erzählen konnte, vielleicht gerade so wunderbar, weil seine Schilderungen von keiner Sachkenntnis getrübt waren.

Es verging fast nicht eine Stunde des Unterrichts, die nicht auch mit Kriegsgeschichten drapiert wurde. Da mußte natürlich auch der Eder Krieg noch herhalten. Besonders schillernde Kreidebrink uns immer wieder die Erstürmung von Düppel.

Wir Jungens wurden also täglich kriegsfanatisiert und suchten die künstlich uns aufgepöbelte Begeisterung in irgendeiner Art von uns zu geben.

Zuerst stürzten wir uns auf die Bleisoldaten, die wir in den Schaufenstern jeden Tag bewunderten. Wir Schulbuben waren so entzückt von ihnen, daß wir es für eine patriotische Tat hielten, Mutter beim Einholen zu bemogeln und das „requirierte“ Geld in Bleisoldaten anzulegen.

Unser engstes Trio hatte kein Arsenal, zu dem außer Infanterie, Artillerie und Kavallerie eine richtig schießende Kanone kam, allerdings nur mit Federkraft und man bloß mit Erbsen, wie ich enttäuscht feststellte.

Das Arsenal war auf dem Hausflur Nummer 8 unter dem Hautloß angelegt. Wir besuchten uns abends abwechselnd und immer der andere brachte die Armeelieferanten, damit Mutter nicht neugierig wurde, wo ihr Junge den Krimschramm her hatte.

Auf Mutters Tisch wurden nun Schlachten feiert und geschlagen bis Vater kam und der Tisch zur Abfütterung gebraucht wurde.

Doch bald war uns die Geschäfte über. Als daher eines Abends wir den Hautloß klappten und sahen, daß unser ganzes Lager „abtransportiert“ war, waren wir gar nicht so sehr betrübt, sondern unser Trio beschloß, nunmehr „richtig Krieg zu führen“. Bis zum nächsten Abend sollte der Feind ausfindig gemacht werden, den wir dann jämmerlich verheulen wollten.

Die Kriegsschule der Schule wurde dadurch in die Tat umgesetzt, daß wir uns Waffen, d. h. Degen und lange Schwärter sowie Lanzen aus Holzabschnitten einer Schneidmühle, wo wir für Mutter Feuerung holten, für den nun bevorstehenden Ernstfall ammettierten.

Ein neunjähriger Schulkollege war glücklicher Besitzer eines prächtigen Löffelmessers und verstand die Holzschmiedekunst so glänzend, daß er uns täuschend Degen, Säbel und Lanzen schnitzte. Anstreicher Gröschens Feig aus der Waisenstraße verschaffte Silberbronze und Pinsel, und so funkelt und blüht unsere Waffen im Sonnenschein wie bei „Lühows wilder verwegener Jagd“.

Ein Winkel im Vorraum eines Engros-Lederlagerkellers in der Klosterstraße wurde unser „Zeughaus“. Aber der Feind war immer noch zu suchen.

Am Montag mittag war er gefunden. Ein Mitschüler unserer Klasse sah mittags gegenüber dem Grauen Kloster auf der Treppe zur Radenburgerischen Buchhandlung und hatte an einem dünnen schwarzen Seidentaden ein Portemanteau, das auf dem Bürgersteig lag.

Als ein Schüler des Grauen Klosters mit seiner bunten Mütze daherstolztiert kam, sich danach bückte, zog unser Kolleg das Ding weg und rief aus. Der Graue Klosterbruder suchte einen Moment, wurde firscht, setzte dem Ausreißer nach, und da er längere Beine hatte als dieser, holte er ihn in der Siebergasse ein und gab ihm eine so schallende Ohrfeige, daß wir, die wir uns in respektvoller Entfernung hielten, sie knallen hörten.

Das war die Kriegserklärung. Die Siebergasse machte mobil zu einem ernsthaften Feldzug gegen das Graue Kloster.

Elf Jungens wurden noch am selben Abend angeworben. Ich selbst ging zu meinem Freund Gröschke in der Waisenstraße, um ihn zu erlöchen, die Waisen- und Parochialgasse ebenfalls zu mobilisieren. Meine beiden anderen Schulkollegen bemühten sich, im Haidenhof und in der Reehengasse Truppenanwerbungen vorzunehmen. Am Mittwoch mittag, 1 Uhr, stand die ganze „Heeresmacht“ in allen Hausfluren in „gedeckter Stellung“.

Das erste „Armeekorps“ hatte die Siebergasse und die benachbarten Häuser der Klosterstraße als Feldlager bezogen. Natürlich führte ich dieses als „Feldmarschall“. Das zweite „Armeekorps“, das die Seite neben dem Grauen Kloster besetzt hielt, führte „General“ Gröschke.

Unsere Waffenvorräte waren schleunigst durch Requirierung bei Muttern ergänzt.

„Meine Singuhr“ spielte ihren Choral, und als er zu Ende war, öffneten sich die Porten des Grauen Klosters, die Schüler mit ihren bunten Mützen stolzierten gravitätisch und vornehm, ganz wie es sich für Jünglinge einer höheren Lehranstalt und Söhne der besser angezogenen Gesellschaft, vielleicht zukünftige Bismarck, schick.

Wir aber lagen auf der Lauer. Mein Freund Gröschke, der „General“, und ich, der „Feldmarschall“, hatten uns je eine Trillerpfeife gekauft.

Der durch die Ohrfeige so empfindlich beleidigte war als „Adjutant“ dem General des zweiten Armeekorps beigegeben. Denn da er sehr persönlich mit dem Attentäter in Berührung gekommen war, konnte er ihn am besten. Ich hatte ihn, wenn auch nicht als leitender Teil, ebenfalls von Angesicht zu Angesicht gesehen. Er konnte uns also nicht entweichen.

Sein Erkennen sollte von dem „General“ oder „Feldmarschall“, je nachdem, wer ihn zuerst entdeckte, mittels Trillerpfeifensignal angeündigt werden.

Unsere Geduld wurde auf eine harte Probe gestellt. Die Truppen wurden bei der Kampfbegier, die sie befehlte, ungeduldig. Ich ließ durch reisende Siasetten — ja, wir hatten auch Kavallerie (oder Mann hatten nämlich ihre alten Seckenpferde mitgebracht) — den in den Hausfluren aufgestellten Truppen den Befehl überbringen, Ruhe zu halten, bis zum Angriffssignal.

Auf einmal, fast gleichzeitig, gaben „Feldmarschall“ und „General“ das Angriffssignal. Die Pfeifen schrillten so energisch durch die Luft, daß an der Droschkentaxistelle Königstraße sämtliche Droschkentaxifahrer auf den Böcken aus dem Schlaf aufwachten, weil sie glaubten, der Portier von „Rix“ Hotel hätte gleich zwei Bahnhofs-touren.

Am nächsten Augenblick hatte sich die Klosterstraße in ein Kampffeld verwandelt. Mit einem wüsten Indiangescheh stürzten sich beide Armeekorps unter der glorieichen Führung ihres Feldmarschalls und Generals auf den buntemühtigen Feind.

Getreu den Erzählungen des Lehrers Kreidebrink mußten die glorieichen Führer „Feldmarschall“ und „General“, um ihr wertvolles Leben zu schonen und ihre Feldherrntalente dem Heere zu bewahren, hinter der Front bleiben.

Der Feind war im ersten Augenblick verblüht, konnte sich auch nicht recht wegen der unter dem Arm getragenen Wehrbücher wehren und hielt dieselben als Schutz vor Kopf und Gesicht, um dann nach der Königstraße zu auszureihen.

Aber nicht umsonst hatte unser Lehrer Kreidebrink uns am Vormittag wieder die Erstürmung von Düppel und die Schlacht bei Königgrätz geschildert und ausführlich erklärt, daß die Hauptlache aller Strategie nach gewonnenen Schlachten die Verfolgung des Feindes sei, um zu verhindern, daß er sich wieder sammelt und Atem schöpft. Aber ich glaube, er hatte auch keine Neigung dazu. Er war verschwand. Wappen, Bücher, Mützen, ja, selbst einige Brillen bedeckten das Schlachtfeld.

Die Droschkentaxifahrer waren, als die Schlacht sich nach der Königstraße herumzog, teilweise vom Bord gestiegen, um die Chole mit den Augen verfolgen zu können. Und da sie uns Pantinen-gymnastischen durch Juruse anzuwerten, hatte ich den Mut gefaßt, mir den vordersten Droschkentaxi als Feldherrntaxi auszusuchen. Es muß ein sehr imponantes Bild gewesen sein, wie ich in Rücken-titel mit einem langen Holzabschnitt in der Luft herumstüchtete und meine Kommandos brüllte, an die sich natürlich keiner meiner Untergebenen lehrte.

Inzwischen war der letzte Rest der Grauen Klosterianer direkt vor Camperts Konditorei von beiden Armeekorps vollständig umzingelt. Da kamen mir Lehrer Kreidebrink's schöne Schilderungen von stolzen Gefangenentransporten in den Sinn und brachten mich auf die Idee, den Sieg mit einem Umzug durch die Sieber-, Parochial- und Reehengasse abzuschließen, bei dem wir unsere Gefangenen im Triumph mitführten. (Schluß folgt.)



